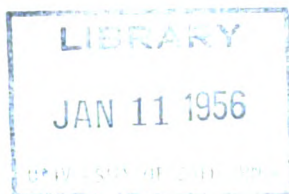


DUPLICATE
LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 31

BERLIN, DEN 2. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Wien / Hermann Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariat.
B. Smeral: Das Land, das in den Krieg gehen soll / Algo: Zum Weltkongreß der Genossenschaften / Bücher- und Zeitschriftenschau

BIBLIOTHEK

Erika Valenz Konrad Ferner

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 31

2. AUGUST

I N H A L T

	Seite
Wien	1489
Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariats	1495
Smeral: Das Land, das in den Krieg gehen soll	1506
Algo: Zum Weltkongreß der Genossenschaften	1521
H. G.: Aus der deutschen theoretischen Gewerkschaftspresse	1529
E. P.: Bulletin d'Information	1532

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

W I E N

„Gegen den Bürgerkrieg, den unsere Feinde vorbereiten, gibt es kein anderes Mittel als sozialdemokratisch zu wählen.“

(„Arbeiterzeitung“ vom 24. April 1927)

„Die wichtigste Bedeutung des Wahlkampfes ist die, daß die Ergebnisse der Wahlen gezeigt haben, daß der Weg, den zu gehen wir entschlossen sind, die Eroberung der Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie, durchaus möglich ist.“

(Aus einer Rede Otto Bauers, „Arbeiterzeitung“ vom 5. Mai 1927)

Eine blutige „Bestätigung“ der austromarxistischen Theorien: am 15. Juli 1927, nach acht Jahren sozialdemokratischer Herrschaft im Wiener Rathaus, werden unter den Fenstern dieser Hochburg der Sozialdemokratie Hunderte wehrloser Arbeiter von der Polizei niedergeschossen.

So heimtückisch wie niemals die Polizei des kaiserlichen Wien, hat die Polizei des „roten“ Wien, die Polizei des sozialdemokratischen Bürgermeisters Seitz, wehrlose Arbeiter hinterrücks niedergeschossen. Nach acht Jahren sozialdemokratischer Herrschaft ist es möglich, daß die Polizei, die zu mehr als 90 Prozent in den freien Gewerkschaften organisiert ist, ein Werkzeug in den Händen der Reaktion geblieben ist. Die „Genossen Polizisten“, die am 1. Mai ihre Kappe mit einer roten Nelke schmückten, waren der Stolz der Wiener freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft.

Kam es einmal vor, daß Kommunisten von Polizisten mißhandelt wurden, so entschuldigte man dies mit einem Achselzucken: der Wiener Arbeiter vertraute blindlings der Polizei, wie er dem Bürgermeister und den anderen sozialdemokratischen Regierenden vertraute.

Und plötzlich, unerwartet für die Wiener Arbeiter ebenso sehr wie für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, wird dieses „rote“ Wien, das so stolz ist auf die unblutigste aller Revolutionen, der Schauplatz eines gräßlichen Blutbades. 50 Jahre österreichischer Arbeiterbewegung, 40 Jahre Kampf gegen Habsburger Reaktion und Monarchie, die Tage des Umsturzes von 1918, all das hat nicht so viel Arbeiterblut gekostet, wie der eine 15. Juli in Wien.

Die Wiener Arbeiter sind heimtückisch überfallen worden. Sie sind überfallen worden nach faschistischem Muster, mit Zustimmung und Unterstützung nicht nur der österreichischen Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie der ganzen Welt.

Der österreichische Faschismus hat in Wien keinen Boden finden können. Die österreichischen Faschisten sind in erster Linie Organisationen der ehemaligen Offiziere und des reaktionären Bauerntums. Durch eine planmäßige Hetze gegen die Arbeiter einerseits und durch das Unverständnis, das die österreichische Arbeiterklasse dank der sozialdemokratischen Erziehung der Bauernfrage entgegenbringt, andererseits, ist es möglich gewesen, daß Faschismus und Reaktion die überwältigende Mehrheit des Bauerntums hinter sich sammelten.

Diese faschistischen Organisationen verhindern die Ausdehnung der Arbeiterbewegung in die rein ländlichen Gebiete. Sie versuchen aber auch die

Arbeiterbewegung in den Städten einzuschüchtern. Fünf Jahre ist es her, daß die Faschisten zum ersten Male die Arbeiter durch die Ermordung eines ihrer Vertrauensmänner zu provozieren suchten. Der sozialdemokratische Vertrauensmann Birnecker fiel als Opfer der Kugeln faschistischer Mörder.

Die Antwort der Sozialdemokratie war — der Ausbau des sozialdemokratischen Schutzbundes. Wie wenig dieses Mittel die Faschisten von ihrer Tätigkeit abschrecken konnte, beweist die Tatsache, daß seither Jahr um Jahr von neuem Arbeiter ermordet wurden.

Die Sozialdemokratie sah dem tatenlos zu. Das einzige, was sie für die Ermordeten übrig hatte, war ein schönes Begräbnis. Klingende Reden, Trauermärsche und Fanfaren des republikanischen Schutzbundes waren die Antwort auf die faschistischen Provokationen.

Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung für die Blutopfer des 15. Juli. Sie hat die Arbeiterschaft geistig wehrlos gemacht und praktisch entwaffnet. Die Siegesfanfaren nach den letzten Wahlen sollten die Arbeiter glauben machen, daß die Demokratie gesichert und daß kein Angriff der Reaktion auf die Arbeiterklasse zu befürchten sei.

Sicher sind viele von denen, die die tödliche Kugel der Polizeigewehre getroffen hat, sozialdemokratische Wähler gewesen, die im kindlichen Glauben an die Versprechungen von Otto Bauer, Julius Deutsch und Friedrich Adler gegen die Reaktion stimmen wollten, als sie für die Sozialdemokratische Partei ihre Stimme abgaben. Das hat sie nicht davor geschützt, daß sie von der Polizei des sozialdemokratischen Bürgermeisters niedergeschossen wurden.

Die Kastrierung des revolutionären Geistes der Arbeiterklasse durch Otto Bauer und die anderen Austromarxisten, die Illusionen von der Möglichkeit des friedlichen Aufbaues einer „sozialistischen Gemeinde“, das ist die Verantwortung, die die Führer der Sozialdemokratie für die Juli-Ereignisse tragen.

Aber noch mehr: auch praktisch ist die Arbeiterschaft entwaffnet worden. Vergeblich hat die Kommunistische Partei Oesterreichs ihre Stimme erhoben und den Arbeitern zugerufen: „Die Faschisten stehen gerüstet, bewaffnet euch und entwaffnet die Reaktion.“ Die Sozialdemokraten haben das Gegenteil getan. Noch vor wenigen Wochen haben sie die Waffen, die sich noch aus den Novembertagen des Jahres 1918 in ihren Händen befanden, der Regierung und damit dem Faschismus ausgeliefert.

Das war die Vorbereitung. Und die Haltung während der Aktion? Der Bürgermeister Seitz hat mit keinem Wort gegen die Bewaffnung der Polizei mit Gewehren protestiert. Er hat nur „empfohlen“, es noch einmal mit anderen Mitteln zu versuchen. Aber selbst dabei ist die Sozialdemokratie nicht stehen geblieben.

Indem sie Teile des Republikanischen Schutzbundes in Polizistenuniformen steckte und gegen die Arbeiter aufmarschieren ließ, übernahm sie die direkte Rolle Noskes. Julius Deutsch kann sich rühmen, wie Kuttner, die Organisationen zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung geführt zu haben.

Das ist also das Resultat von sechs Jahren austromarxistischer Regierungspolitik. Moralische und materielle Entwaffnung und heimtückischer Uebergang der sogenannten Verteidigung der Organisationen der Arbeiterschaft auf die Seite der Bourgeoisie.

Die Provokationen der Faschisten haben vermocht, was kommunistische Aufrufe und Warnungen niemals vermocht hätten: sie haben die Empörung der Wiener Arbeiterschaft bis zur Explosion getrieben. Die Sozialdemokraten glaubten auch nach dem Arbeitermord von Schattendorf mit einer schönen Leiche, wie man in Wien sagt, genug zur Beruhigung der revolutionären Empörung getan zu haben.

Sie irrten sich. Der Prozeß gegen die Mörder von Schattendorf, der begleitet war von neuen faschistischen Provokationen, zeigte den Arbeitern, daß die Regierung gewillt ist, die Stellung des Faschismus sozusagen offiziell anzuerkennen. Während im Wiener Landesgericht der Staatsanwalt sich bemühte, die Schuld an der faschistischen Morde tat den ermordeten Arbeitern zuzuschieben, überfielen in nächster Nähe von Wien Faschisten von neuem die Arbeiterorganisationen. Die Sozialdemokratie „warnte“ vor Provokationen.

Noch am 13. Juli schrieb die „Arbeiterzeitung“ von Provokateuren, die den Versuch machen, die Arbeiterschaft zu unüberlegten Akten hinzureißen. Noch am 13. Juli glaubten also die Sozialdemokraten nicht an den Ernst der Empörung der Arbeiter. Als aber dann, einen Tag später, der Freispruch bekannt wurde, da genügten auch die zuckersüßen Leitartikel von Austerlitz nicht mehr, um die Arbeiter zu beruhigen.

Spontan sind die Arbeiter auf die Straße gegangen, spontan, wie am 1. Dezember 1921, als die Regierung über Nacht den Brotpreis auf das Doppelte erhöhte. Wie damals, so wurden auch heute die Arbeiterorganisationen von der Wucht des Streiks, von der Wucht des spontanen Aufmarsches überrascht.

Niemand hatte zur Demonstration aufgerufen, und plötzlich war die Armee der Hunderttausende, war das Wiener Proletariat im Herzen der Stadt, vor dem Parlament.

Aber welch ein Unterschied zwischen der Demonstration von 1921 in der Geburtsstunde der Seipelschen Sanierung und 1927. Damals richtete sich die Empörung der demonstrierenden Arbeiter gegen die Nutznießer des Massenelends; die Luxushotels, die Luxusgeschäfte auf der Ringstraße und auf der Kärntnerstraße wurden zerstört, in die Spiegelscheiben der Kaffeehäuser, in denen sich faulenzende Bürgersöhne breit machten, flogen Steine.

Und heute? Die Arbeiter gingen nicht in die Quartiere der Bourgeoisie. Sie schlugen keine Scheiben ein, sondern sie richteten ihre Sturmkolonne gegen das Zentrum der Reaktion, des Faschismus, gegen Universität, Parlament und Justizpalast. Bei der Universität und beim Parlament wurde die Masse durch die Polizei mit gezogenem Säbel zurückgeschlagen. Der Justizpalast wurde das Opfer der Empörung. Dort, wo sonst nur Richter in roten Talaren umherzugehen pflegten, drangen Arbeiter ein, warfen die Akten auf die Straße und errichteten einen Scheiterhaufen, der symbolisch die Vernichtung der Klassenjustiz andeutete.

Aber noch ein weiterer Unterschied. Als an dem trüben Dezemberrnachtsmittag des Jahres 1921 die Hunderttausende aus den Betrieben, die hungernden Arbeiterfrauen und die Arbeitslosen in die Stadt zogen, da verkroch sich die Polizei in ihre Mauselöcher. Kein Schuß fiel, kein Todesopfer war zu beklagen.

Und fünfeinhalb Jahre später: die Polizei schießt in die Menge, sie schießt nicht an einem Platz, sondern überall, wo sich auch nur kleine Gruppen von Arbeitern ansammeln.

Die Arbeiter laufen aber nicht auseinander, sondern versuchen mit allen Mitteln, der Polizeiattacke Widerstand zu leisten: Barrikaden, Entwaffnung einzelner Polizistengruppen und selbst der Versuch, Gefangene zu befreien und Polizeiwachen zu besetzen, kennzeichnen den Kampfswillen der Arbeiter. Sie wollen den aktiven Widerstand, sie schreien nach Waffen — aber die Sozialdemokratie hat für ihre Wehrlosmachung gesorgt.

1921 — die Arbeiter kehren am 2. Dezember in die Betriebe zurück, die Bewegung ist zu Ende.

1927 — die Sozialdemokratie ist gezwungen, um die Massen in ihre Hand zu bekommen, den Generalstreik auszurufen.

Zwischen diesen beiden Daten liegt die Zeit der „Sanierung“. Welche Opfer und welche Leiden muß diese „Sanierung“, diese Rettung des österreichischen Kapitalismus über die Arbeiterklasse gebracht haben, daß sie entwaffnet, wie sie ist, auf die Straße geht und sich den Gewehren der Polizei entgegenwirft?

In der Vertrauensmännerkonferenz, die die Sozialdemokratische Partei am 17. Juli abhielt, um die Abwürgung der ganzen Bewegung durchzuführen, war es selbst für Otto Bauer schwer, den Arbeitern klar zu machen, was die Sozialdemokratie will. Er sagte:

„Der Ruf, der den Vertrauensmännern der Arbeiter überall entgegentönte: ‚Gebt uns Waffen‘, ist menschlich sehr begreiflich. Ich habe mich vor Ihnen zu verantworten, warum wir uns nicht entschlossen haben, eine ungeordnete und unregelmäßige Bewaffnung der wild erregten proletarischen Massen in diesen Tagen zu versuchen.“

Ja warum nicht? Das wäre Bürgerkrieg gewesen, sagt Otto Bauer. Und ein Vertrauensmann, ein alter Soldat antwortet ihm:

„Ich war vier Jahre lang im Felde und ein Jahr in Gefangenschaft. Aber noch nie sind mir die Tränen gekommen. Als wir aber mit leeren Händen der Polizei gegenüberstanden, habe ich geweint.“

Diese Sozialdemokraten haben geweint, weil ihnen ihre Führer keine Waffen gegeben haben. Sicher nicht alle. Viele haben den Ruf der Kommunisten nach Bewaffnung verstanden und aufgenommen.

Die Tragik der österreichischen Arbeiterbewegung, die in dem gewaltigen Ausbruch revolutionärer Leidenschaft in den Juli-Tagen zum Ausdruck kommt, ist, daß diese revolutionäre österreichische Arbeiterschaft bis zum heutigen Tage eingefangen wurde durch die linken Phrasen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten haben es bisher immer verstanden, den österreichischen Arbeitern ein Spielzeug in die Hand zu geben, das sie von ihrem Kampf ablenken sollte. Die Wohltätigkeit der Gemeinde Wien an Stelle von Klassenkampf, Trinkgeldpolitik anstelle Enteignung, „Republikanischer Schutzbund“ anstelle Bewaffnung des Proletariats, Begräbnisse statt Abwehrmaßnahmen — das ist die Praxis des Austromarxismus.

Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, gegen jenes Gebilde, das auf dem Boden des Radikalismus der österreichischen Arbeiter und des Opportunismus ihrer angestammten Führer gewachsen ist, zu kämpfen. Der Austromarxismus ist der Hauptschuldige daran, daß der Faschismus in Oesterreich sich so weit hervorwagen konnte.

Das Gegenstück zum Austromarxismus ist das Fehlen einer kommunistischen Massenpartei in Oesterreich. Die Kommunisten haben es bis heute noch nicht verstanden, sich jenen Platz in den Reihen der Arbeiterklasse zu sichern, den sich die Kommunisten der anderen Länder erkämpft haben. Ihre Schwäche, entspringend der eigenartigen Situation Oesterreichs, ist die zweite Ursache der Führerlosigkeit der österreichischen Arbeiter in den Juli-Kämpfen.

Nichtsdestoweniger haben die Kommunisten Oesterreichs eine richtige Politik betrieben. Sie haben die Losung der Bewaffnung des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus und des Sturzes der bürgerlichen Regierung in die Massen hineingetragen. Sie haben alles getan, was in ihren Kräften stand. Aber sie waren nicht stark genug, den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen.

Die Schwäche der Kommunisten hat der Regierung erlaubt, die Sozialdemokratie zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Da die Sozialdemokraten keine Angst hatten, daß die Kommunisten ihnen die Führung der Bewegung aus der Hand reißen könnten, jene Kommunisten, die vom ersten Tag der Bewegung angefangen unter dem Trommelfeuer der vereinigten Attacke der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie standen, kapitulierten sie. Sie schickten die Arbeiter in die Betriebe zurück, ohne auch nur die leisesten Zugeständnisse erhalten zu haben.

Sie werden versuchen, beim Zusammentritt des Parlaments die Ereignisse auszunützen, um kleine Zugeständnisse für ihre Koalitionspolitik zu erpressen.

Das ist es, was die Sozialdemokratie charakterisiert: für die Austromarxisten vom Schlage eines Otto Bauer, eines Seitz und Friedrich Adler ist das Blut der Arbeiter, das auf den Straßen Wiens vergossen wurde, nur ein Handelsobjekt im Schacher mit der Bourgeoisie.

Für uns Kommunisten ist das vergossene Blut der Wiener Arbeiter ein Beweis dafür, daß wir recht behalten haben mit allem, was wir über die „unblutige“ Revolution gesagt haben.

Der Austromarxismus hat im Bunde mit der Polizei die Bewegung der Massen im Blut zu ersticken versucht. Erbittert kehren die Arbeiter an ihre Arbeitsstellen zurück. Mit Empörung und Haß erfüllt gegen jene, die die Bewegung verraten haben, nachdem sie sich ihrer bemächtigt hatten.

Die Arbeiterschaft vergißt diese Tage nicht und sie wird in den nächsten Wochen und Monaten von neuem vor derselben Frage stehen, wie am 15. Juli. Waffenlos und führerlos sich niederschließen zu lassen von den Gardn Schobers und Seitzs oder unter revolutionärer Führung sich zu bewaffnen und zu verteidigen.

Unter diesen Umständen erwachsen gewaltige Aufgaben und neue gewaltige Möglichkeiten für die Arbeit der Kommunistischen Partei. Sie ist es, die jetzt vor die Massen hintreten muß, um sie weiterzuführen, weil sie als einzige die Notwendigkeit und die Unvermeidlichkeit des Kampfes vorausgesehen hat.

Wir wissen, daß die ganze Wut der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie sich heute gegen uns richtet. Die österreichischen Kommunisten und die Kommunistische Internationale sollen verantwortlich gemacht werden für die Verbrechen der österreichischen Sozialdemokratie. Politische Emigranten

und linksstehende Studenten aus den Ländern des weißen Terrors sind die ersten Opfer der österreichischen Polizeibestie.

Wie im Jahre 1919, als die Kommunisten Oesterreichs kämpften für die aktive Solidarität mit der ungarischen und der bayrischen Räterepublik, so wird auch heute Fritz Adler von neuem die Parole ausgeben: keine Gnade für die Kommunisten.

Das war das Stichwort, auf das hin am 15. Juni 1919 junge Wiener Proletarier ihr Leben lassen mußten. Wir wissen nicht, was der Austromarxismus diesmal unternehmen wird. Er hat keine Perspektive außer der Beteiligung an der Regierung. Er hat kein Ziel außer der „friedlichen“ Eroberung der Staatsmacht.

Die Wiener Polizei hat den Angriff der Arbeiter abgeschlagen. Sie hat die Empörung über den Faschismus und die Klassenjustiz in Blut zu erstickern versucht. Der Radikalismus der Wiener Arbeiter wird aber ebenso wenig überwunden werden können mit den Dum Dum-Geschossen der Polizei, wie er nicht überwunden werden konnte mit den Methoden von Otto Bauer und Seitz.

Die Kommunisten nicht nur Oesterreichs, sondern ganz Mitteleuropas müssen darauf gefaßt sein, daß das Ergebnis der Bewegung zunächst eine schärfere Unterdrückung der Kommunisten in diesen Gebieten ist. Aber sie alle wissen, daß sie die einzigen waren, die in diesem Kampf der Arbeiterklasse ein Ziel gegeben haben. Der Kommunismus ist die einzige Bewegung, die die Arbeiterklasse in eine bessere Zukunft führt.

Die Kommunisten haben die Feuerprobe von Wien bestanden. Sie stehen jetzt vor der entscheidenden Aufgabe, die Empörung der Massen nicht zwecklos verrauchen zu lassen, sondern dazu auszunutzen, die Massen um die revolutionäre Führung zu gruppieren. Der Republikanische Schutzbund trägt noch seine Polizistenuniformen, aber er hat die Arbeit des Abwürgens der Massenbewegung vorläufig vollendet. Die Betriebe arbeiten, die Straßenbahnen verkehren wieder.

Wie gerne möchte jetzt die Sozialdemokratie die Arbeiter glauben machen, daß dies alles nur ein böser Traum gewesen ist. Aber die Arbeiter sind nicht besiegt. Die Empörung kann morgen wieder zum Ausbruch kommen, wenn die Klassenjustiz ihre Rache an den Verhafteten des 15. Juli nehmen wird. Die Faschisten werden noch frecher werden, weil sie wissen, daß der Republikanische Schutzbund im Kampf um die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das Diktat der Bourgeoisie auf ihrer Seite ist.

Aber die Arbeiter, die am 15. Juli in den Straßen Wiens Barrikaden gebaut haben, die sich mit verzweifelter Kraft gegen die Polizeiatacken zur Wehr setzten, haben damit eine neue Epoche des revolutionären Kampfes nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Mitteleuropa begonnen.

An uns ist es, die Julikämpfe, in denen die Musterpartei der II. Internationale die Wiener Arbeiter der Reaktion auslieferte, zu einer Niederlage der internationalen Sozialdemokratie zu machen. Unsere österreichische Partei, die diesen Kampf in den schweren Tagen erfolgreich begonnen hat, wird ihn weiterführen und wird dabei die Hilfe der gesamten kommunistischen Internationale haben. Die Epoche, die mit den Julikämpfen begonnen hat, wird eine Epoche schwerer Kämpfe sein. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse gerüstet ist.

HERMANN REMMELE: DER JULIAUFSTAND DES WIENER PROLETARIATS

Der heldenmütige Aufstand der Wiener Arbeiterschaft beweist die ganze Relativität der kapitalistischen Stabilisierung in Zentraleuropa. Die Wiener Aufstandsbewegung mag ausgehen wie sie will, allein die Tatsache des Aufstandes des tapferen Wiener Proletariats in der jetzigen Situation der Kriegsvorbereitung der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion bedeutet einen großen Gewinn für die revolutionäre Bewegung, eine Niederlage der imperialistischen Konterrevolution in ganz Europa.

Der Ausgangspunkt des Wiener Aufstandes, der letzte Anstoß ist typisch für die politischen Zustände in allen kapitalistischen Ländern. Faschistische Banditen erschießen friedlich des Weges kommende Arbeiter; bürgerliche Richter sprechen die faschistischen Mörder frei. Die Arbeiter sind Freiwild und lebende Ziele für die weißen Banditen, die sich zum kommenden Bürgerkrieg einexerzieren; die faschistischen Mörder bekommen durch die „demokratischen“ und republikanischen Gerichte den offiziellen Freibrief für Arbeitermord „im Namen des Volkes“. Die sozialdemokratischen „Marxisten“ jammern wie alte Weiber über die „Verlotterung und Korruption der bürgerlichen Klassengerichte“. Ach nein, ihr „ethischen und ästhetischen“ Herren Theoretiker des „Marxismus“, die bürgerlichen Richter begreifen die Notwendigkeit der Zeit, in der wir leben, viel marxistischer als alle Otto Bauer, Renner und Adler zusammengenommen. Die bürgerlichen Richter wissen, daß die faschistischen Arbeitermorde die Vorbereitungen und Rüstungen der Konterrevolution für den unvermeidlichen und unabwendbaren Bürgerkrieg sind. Die Freibriefe auf Straffreiheit für Arbeitermorde, die die bürgerlichen Gerichte nicht nur in Wien, sondern in allen kapitalistischen Ländern ausstellen, sind die Konstituierung des Rechts auf Vernichtung der feindlichen Klasse. Das Bürgertum kündigt selbst seine Sterbestunde an. Das ist der Sinn der Klassenurteile, die heute überall, in allen kapitalistischen Ländern gefällt werden. Es ist natürlich widerlichste Heuchelei, wenn die Sozialdemokratie, die sich durch Regierungsbeteiligung und durch Beteiligung an diesen Klassenurteilen des bürgerlichen Staates, wie in Deutschland am Staatsgerichtshof des Oberfaschisten Niedner, über die Erschießung der weißen Banditen in der Sowjetunion „entrüsten“.

Die sozialdemokratischen Arbeiter in Wien haben den Sinn des Urteils der bürgerlichen Klassenrichter besser begriffen als ihre „marxistisch gebildeten“ Führer; sie haben „die Zwingburg des Klassenstaates und der Klassenjustiz“, den „althehrwürdigen“ Justizpalast in Wien in Asche und Trümmer gelegt. Das war die klassischste und würdigste Antwort, die eine unterdrückte und entrechtete Klasse geben konnte. Wenn das deutsche Proletariat nach dem Rezept der Wiener Arbeiter verfahren wollte, stände in Deutschland kein einziges Gerichtsgebäude mehr.

Der mutige und tapfere Kampf des Wiener Proletariats ist eine der heroischsten revolutionären Erhebungen der österreichischen Arbeiterklasse, die, zwar nur spontan und unorganisiert, ein erbittertes Aufbäumen gegen die

verbrecherische kapitalistische Gesellschaftsordnung darstellt. Gewiß — der Wiener Juliaufstand war nicht die gewollte und beabsichtigte, und auch kein Versuch der bewußten proletarischen Revolution; er ist lediglich das Erwachen der sozialdemokratischen Arbeitermassen, die jetzt gewaltsam auf den Weg der bewußten, vorbereiteten und organisierten proletarischen Revolution gestoßen werden aus der lügnerischen und betrügerischen Narkose des Austromarxismus.

Die blutige Lehrzeit der Herrlichkeit der austromarxistischen „Demokratie“, die in Wirklichkeit nichts anderes ist und in der imperialistischen Epoche nichts anderes sein kann als die brutalste Diktatur der weißen, faschistischen Konterrevolution, treibt auch das österreichische Proletariat aus der Reserve und der Gefolgschaft der kapitalistischen Hörigkeit in die vorderste Reihe des revolutionären Proletariats und zwingt es zum revolutionären Klassenkampf. Die Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes hat ihre eiserne, zwingende Logik und läßt sich auch nicht von den raffiniertesten Sophismen des geriebenen Austromarxismus betrügen. Das ist die heilsame Lehre des Juliaufstandes des Wiener Proletariats für die Arbeiter aller Länder.

*

Die Geschichte des Aufstandes des Wiener Proletariats ist so bedeutsam, daß sie in kurzen Umrissen festgehalten werden soll. Am Sonntag, den 30. Januar, fand in Schattendorf im Burgenlande, unweit der ungarischen Grenze — einem kleinen Ort mit starker Arbeiterbevölkerung — eine Veranstaltung der organisierten (sozialdemokratischen) Arbeiterschaft statt, zu der die Arbeiter in geschlossenem Zuge nach dem Versammlungslokal zogen. Einige hundert Meter von diesem Lokale entfernt befindet sich das Lokal der Faschisten. Als die Arbeiter ahnungslos und singend an diesem Lokal vorbeizogen, wurde plötzlich aus dem Hause der Faschisten ein regelrechtes Gewehrfeuer auf die Arbeiter eröffnet. Zwei Tote und etwa ein Dutzend Verletzte waren das Resultat des feigen, hinterhältigen Ueberfalls.

Noch am gleichen Abend drang die Kunde von dem Arbeitermord in Schattendorf nach Wien. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine tiefe Erbitterung, da dies bereits der vierte Fall eines faschistischen Meuchelmordes war, ohne daß von der klerikalischen Seipel-Regierung und den bürgerlichen Gerichten etwas Ernsthaftes gegen das faschistische Mordgesindel unternommen worden war. Im Gegenteil: nach jeder Protestkundgebung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wurden die Faschisten noch stärker bewaffnet. Die bürgerlichen Gerichte sprachen die faschistischen Mörder stets frei und beantworteten die leeren Drohungen der sozialdemokratischen Führer und Presse, „daß die Geduld der Arbeiter bald zu Ende sei“, mit Hohn und Spott. Kurzum, das Bild, das in allen kapitalistischen Ländern seit Jahr und Tag zu sehen ist, zeigte sich auch in dem „friedlichen, sanierten“ Oesterreich.

Am Montag, den 31. Januar, traten in allen Betrieben in Wien und in Niederösterreich die Arbeiter spontan zu Protestkundgebungen zusammen, und die Belegschaften einer Reihe Großbetriebe beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen, um in der inneren Stadt, auf dem Ring, vor dem Parlament und vor dem Rathaus zu demonstrieren. Die Belegschaften der Fiatwerke, des

Betriebes Schuttleworth, der Siemens-Schuckert-Werke, der Pauckert-Werke und der größten Wiener Maschinenfabrik Warchalowsky versammelten sich im Betrieb sofort nach Arbeitsbeginn am frühen Morgen und beschlossen übereinstimmend den sofortigen Proteststreik. Die Kunde von diesem Proteststreik verbreitete sich in wenigen Stunden in den anderen Betrieben, und bis zur Mittagszeit standen nahezu alle Betriebe im Ausstand, die Belegschaften demonstrierten in der inneren Stadt. Für den gleichen Montag hatte die Sozialdemokratie — noch lange vor dem Schattendorfer Mord — vor dem Wiener Rathaus eine Massenversammlung angesetzt, in der die sozialdemokratischen Rathauspolitiker Seitz und Breitner über die Segnungen und Erfolge der „sozialistischen“ Rathauspolitik sprechen sollten. Diese Versammlung wurde nun infolge des Schattendorfer Arbeitermordes und durch das geschickte Eingreifen der Kommunisten zu einer der wichtigsten Protestkundgebungen gegen den Faschismus, die je in Wien stattgefunden hatte.

Die sonst so beweglichen Austromarxisten hatten sich in keiner Weise auf die vollkommen veränderte politische Situation vorbereitet und wurden von den Ereignissen in der Massenversammlung, zu der über 200 000 Arbeiter erschienen, sichtlich überrascht. Die Sozialdemokratie ließ unter den versammelten Arbeitern ein Flugblatt verbreiten, das lediglich die „Errungenschaften“ ihrer Rathauspolitik schilderte, den 200 000 Wiener Arbeitern erzählte, wie man einige tausend Wohnungen gebaut hat, und andere Geringfügigkeiten mehr, — aber von dem, was gerade jetzt die Arbeiterherzen erfüllte, vom Schattendorfer Mord und was die Sozialdemokratie gegen den Faschismus zu unternehmen gedenkt, davon war kein Wort erwähnt. Zur selben Stunde verbreitete „das Bäckerdutzend“ Kommunisten ein Flugblatt, das einen kurzen aber zündenden Aufruf des ZK der KPOe über den Schattendorfer Mord enthielt und das die Forderungen der Arbeiter in knappen, prägnanten Sätzen formulierte. Die Forderungen, die damals von unserer Partei aufgestellt wurden, und die heute in der Geschichte der proletarischen Revolution in Mitteleuropa verewigt sind als „die Januarforderungen der Kommunisten“, sind die gleichen Forderungen, die unsere kleine aber überaus aktive österreichische Partei zäh und unbeugsam trotz aller Wahniederlagen propagierte, und die jetzt durch den heroischen Aufstand des gesamten Wiener Proletariats ihre historische Rechtfertigung gefunden haben. Und um diese „Januarforderungen der Kommunisten“, dem von der „alles beherrschenden“ Sozialdemokratie so verhöhnnten und verspotteten Häuflein „Querköpfe“, kämpft heute das sozialdemokratische Proletariat den opferreichsten und leidenschaftlichsten Klassenkampf, den es je geführt hat.

Bei der Verbreitung des sozialdemokratischen und des kommunistischen Flugblattes, die zur gleichen Zeit erfolgte, geschah etwas für Oesterreich Unerwartetes: das weiße Papier des sozialdemokratischen Flugblattes bedeckte bald die Straße — die Arbeiter, und zwar auch die sozialdemokratischen, überflogen den Inhalt und warfen es erbittert fort, dagegen wurde das kommunistische Flugblatt — das auf farbigem, billigem Papier gedruckt war — aufmerksam gelesen und lebhaft diskutiert. Die sozialdemokratischen Arbeiter schoben es vorsichtig zusammengefaltet in die Tasche. So weit man Umschau halten konnte, war nicht ein einziges farbiges Flugblatt im Kot der Straße zu sehen.

Die sozialdemokratische Massenkundgebung vom 24. Januar sollte aber noch eine andere Ueberraschung bringen. Als der „erprobte und gefeierte rote Oberbürgermeister von Wien“, Dr. Karl Seitz, seine Rede mit den Fragen der Wiener Rathauspolitik begann, wurde er stürmisch unterbrochen und die sozialdemokratischen Arbeiter forderten entschieden, daß er nicht über das Rathaus, sondern über die Machtfrage in der österreichischen „Demokratie“ reden solle, und er solle sagen, was die Sozialdemokratie zu tun gedanke, um das Leben der Arbeiter vor dem faschistischen Terror zu schützen. Wohl oder übel mußten nun alle sozialdemokratischen Redner, die auf dem großen Wiener Rathausplatz an den verschiedensten Stellen sprachen, sich mit dem Schattendorfer Arbeitermord beschäftigen. Was aber die Arbeiter zu hören bekamen, enttäuschte sie außerordentlich, da kein Redner auch nur eine einzige Forderung erhob und keiner zeigte, was zu tun sei. Einige sozialdemokratische Redner wurden — durch Zwischenrufe provoziert — zu dem Geständnis gezwungen, „daß der Parteivorstand und die Zentralleitung der Gewerkschaften noch keine Gelegenheit hatten, endgültige Beschlüsse zu fassen“. Die Versicherung, daß „diesesmal entschiedene Maßnahmen ergriffen werden“, daß sich „die Arbeiter bereithalten“ sollen, um „dem Rufe der bewährten Führung zu folgen“ und die Ermahnung, vor allem „Ruhe, Ordnung und Disziplin zu wahren“ und sich „zu keinem unüberlegten Schritt hinreißen zu lassen“ hat die mit Kampfesstimmung erfüllten Arbeiter nicht befriedigt, sondern lediglich das Mißtrauen gegen die „angestammten und kampferprobten Führer“ erhöht. Nach diesen Reden geschah abermals etwas Unerwartetes: an Stelle der sozialdemokratischen Redner traten jetzt die Kommunisten auf, um zu den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu sprechen. Während bei allen früheren Demonstrationen die kommunistischen Redner schon bei ihrem Auftreten von den Sozialdemokraten niedergeschrien wurden, bewahrten jetzt die gleichen Arbeiter peinliche Ruhe. Uebereifrige Funktionäre der Sozialdemokratie und des Republikanischen Schutzbundes, die das Auftreten der Kommunisten verhindern wollten, wurden von den Arbeitermassen zur Ordnung gerufen, und mitten aus den Versammelten wurde energisch gefordert, daß die Kommunisten sprechen sollten. Die Ausführungen der Kommunisten wurden denn auch mit stürmischem Beifall aufgenommen, und die Losungen des kommunistischen Januarprogramms wurden lebhaft applaudiert. Der Erfolg der kleinen Kommunistischen Partei war ein vollkommener.

Am Tage nach dieser sozialdemokratischen Massenkundgebung fanden in einer ganzen Reihe von Großbetrieben, bei der Eisenbahn und sonstigen Verkehrsbetrieben, Belegschaftsversammlungen statt, die sich einmütig zum Januarprogramm der Kommunisten bekannten. In all diesen Versammlungen — auch dort, wo keine Kommunisten anwesend sein konnten, da von den Unternehmern die Betriebe „kommunistenrein“ gehalten werden — vertraten sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftsvertrauensleute mit Leidenschaft die Forderungen der Kommunisten. Besonders lebhaft wurde die Forderung „Generalstreik bis zum Sturze der Seipel-Regierung!“ aufgenommen. Unter dem Drucke dieser Bewegung mußte die Sozialdemokratie etwas unternehmen, um dem zunehmenden Einfluß der Kommunisten Einhalt zu gebieten.

Die Zentralleitung der österreichischen Gewerkschaften setzte für Mitt-

woch, den 2. Februar, an dem Tage, wo die Schattendorfer Opfer beerdigt wurden, einen 15 Minuten dauernden Proteststreik der gesamten österreichischen Arbeiterschaft fest. In den Verkehrsbetrieben — Eisenbahn, Straßenbahn, Telegraph, Post, Telephon — und in den offenen Handelsgeschäften sollten die Beamten, Angestellten und Arbeiter gleichfalls 15 Minuten streiken, um so das ganze öffentliche Leben und den Verkehr zum Zeichen des Protestes zum Stillstand zu bringen. Also ein allumfassender kurzfristeter Generalstreik. In der Geschichte der Klassenkämpfe ist selten ein solcher Proteststreik mit der Gewissenhaftigkeit, so umfassend diszipliniert und so restlos von allen Beamten, Angestellten und Arbeitern durchgeführt worden wie dieser Generalstreik. Punkt mittags 12 Uhr begannen sämtliche Fabriksirenen zu heulen, um um 12 Uhr und um 12 Uhr 15 Minuten den Beginn und das Ende des Streiks zu verkünden. Von 12 Uhr bis 12 Uhr 15 Minuten blieben alle Eisenbahnzüge, alle Straßenbahnen, alle Omnibusse an dem Platze stehen, wo sie sich gerade befanden. Dabei wußten es die Straßenbahner so einzurichten, daß sie die Straßenkreuzungen blockierten, so daß auch der gesamte übrige Straßenverkehr vollkommen zum Stillstand kam. Punkt 12 Uhr setzten die Telephon- und Telegraphenämter aus, kein Gespräch und kein Telegramm wurde vermittelt. Selbst die Ladenangestellten, Caféhauskellner, Gasthauspersonal, Briefträger, Zeitungsverkäufer, kurzum alles, was von seiner Hände Arbeit lebt, befolgte strikte und gewissenhaft die Generalstreikparole der Gewerkschaften. Es war ein erhebendes und mächtiges Gefühl für jeden Revolutionär, der in dieser Streikstunde unter dem österreichischen Proletariat weilen konnte. Die Arbeiterklasse Oesterreichs hatte zweifellos einen vollen und restlosen Erfolg dieser Demonstration zu buchen.

Der kurzfristete Generalstreik vom 2. Februar war selbstverständlich für die sozialdemokratischen Führer und die Gewerkschaftsbürokratie nur ein Blitzableiter, um die angehäuften revolutionäre Spannung in der Arbeiterschaft ohne Gefahr für die politische Herrschaft der Bourgeoisie und für die Erhaltung des sozialdemokratischen Einflusses in den Arbeitermassen in geschickter Form abzuleiten. Für die Arbeiter war dieser Streik aber gerade umgekehrt eine Episode ihres elenden Lebens, die ihnen die alles beherrschende Macht und die Kraft des Proletariats demonstrierte und ihnen zeigte, was die Arbeiterklasse vermag, wenn sie nur für Minuten ihre potenzierte Kraft ihren Ausbeutern entgegenstellt. 15 Minuten im Dienste der eigenen Klasse waren dem österreichischen Proletariat eine bedeutsamere Lehre als hundertjährige Knechtschaft im Dienst der Ausbeuterklasse. Der als Blitzableiter gedachte 2. Februar hat für den Augenblick der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsbürokratie und der bürgerlichen Herrschaft aus der Klemme geholfen, er hat aber auch zugleich die zweite, die weit ernstere Etappe des unvermeidlichen Zusammenpralls der Klassenkräfte eingeleitet und vorbereitet und so erst die Bedingungen für den heroischen bewaffneten Aufstand geschaffen. Das ist „das große Verdienst“ des Austromarxismus, der glaubte, mit seiner „besonderen Schlaueit“ die proletarische Revolution in ihrem Werdegang betrügen zu können. Er sieht sich nunmehr selbst als den betrogenen Betrüger vor seinem Werke vom 2. Februar stehen.

Der Generalstreik vom 2. Februar hatte in der Tat sein unmittelbares Ziel, die Arbeiter zu beruhigen und wieder fest in die sozialdemokratische Partei-

kandare zu nehmen, erreicht. Ohne daß ein positiver Erfolg in bezug auf die Abwehr der faschistischen Gefahr und des reaktionären Kurses der Seipel-Regierung erreicht worden wäre, glitt alles wieder zurück in die alten gewohnten Bahnen der „bürgerlichen Ordnung und Ruhe“. Die Regierung und die sozialdemokratische Parteileitung hatten aber die große Gefahr der starken Macht des österreichischen Proletariats erkannt. Beide erinnerten sich am 2. März 1927 plötzlich daran, daß in den Novembertagen 1918 die Wiener Arbeiter das große Waffenarsenal besetzt und Tausende von Gewehren, Maschinengewehren und reichliche Munition unter dem „roten General“ Julius Deutsch zur Bewaffnung des republikanischen Schutzbundes in Sicherheit gebracht hatten. Jetzt hatte plötzlich die Seipel-Regierung entdeckt, daß diese Waffen nicht zur Kenntnis der Entwaffnungskommission des Völkerbundes gebracht worden waren; sie wurden aus dem Arsenal entfernt und verschwanden, ohne daß man jemals erfahren hat, wohin sie gebracht worden sind.

Was aber von besonderem Interesse ist, ist die Tatsache, daß der Ueberfall auf das Arsenal von dem Kriegsminister Vaugoin durchgeführt wurde, der ohne Zustimmung des Landeshauptmanns von Wien keine Amtshandlung im Gebiete von Wien durchführen konnte, die in die Befugnisse der Polizeigewalt eingriffen. Der Landeshauptmann von Wien ist aber kein geringerer als der Sozialdemokrat Dr. Karl Seitz, der „kämpferprobe und vielgeliebte rote Oberbürgermeister“ von Wien. Daß der Sozialdemokrat Seitz bei dem Waffenraub im Arsenal mit im Spiele war, geht daraus hervor, daß neben dem Militär sich auch die Polizei daran beteiligte, deren oberster Vorgesetzter der Landeshauptmann ist. Zu gleicher Zeit wurden aber auch die der Seipel-Regierung nahestehenden Heimwehren, besonders in den klerikalen Gegenden in Tirol, im Salzkammergut und in Oberösterreich bewaffnet. Es handelt sich hier um die Heimwehren, die jetzt bei der Niederwerfung des Arbeiteraufstandes neben den bewaffneten faschistischen Verbänden eine so hervorragende Rolle spielen. Um dieselbe Zeit wurde auf der Wiener Universität ein Schießstand eingerichtet und eine bestimmte Gruppe von Studenten wurde militärisch bewaffnet, ausgerüstet und erhielt militärische Ausbildung von den Offizieren der Wehrmacht. Zu diesen militärischen Vorbereitungen wurden nur Studenten zugelassen, die den faschistischen großdeutschen oder klerikalen Studentenverbindungen angehören; die sozialdemokratischen und kommunistischen Studenten oder solche, die keiner Verbindung angehören, durften den Schießstand der Universität nicht betreten und durften sich an der militärischen Ausbildung nicht beteiligen. Die ständigen blutigen Zusammenstöße auf der Wiener Universität, die sich oft in den Straßen der Innenstadt fortsetzten, sind auf die faschistische Provokation der Regierung zurückzuführen.

Jedenfalls steht heute fest, daß die Regierung seit Herbst vorigen Jahres und besonders seit März, April, Mai d. J. bewußt und umfassend zur blutigen Niederwerfung des österreichischen Proletariats gerüstet hat. Bereits sieben Tage nach dem Schattendorfer Mord und drei Tage nach dem Generalstreik der Gewerkschaften fanden auf der Wiener Universität am 5. Februar die ersten Zusammenstöße zwischen faschistischen und sozialistischen Studenten statt. Unter Führung des Faschisten Körber leiteten die dem deutschen

Studentenring angeschlossenen Verbindungen „der Farbigen“ die unglaublichsten Provokationen der sozialistischen Studenten ein. Vorträge, die von der sozialistischen Studentenfraktion in der Aula der Universität organisiert waren, konnten nicht stattfinden, weil die Versammlungen von den nationalen Verbindungen gewaltsam gesprengt wurden. Dabei drangen die Faschisten mit eisernen Stäben, die sie aus dem Turnsaal der Universität holten, bewaffnet auf die sozialistischen Studenten ein, so daß es eine große Anzahl Verletzter, zum Teil mit Verletzungen schwerer Natur, auf seiten der sozialistischen Studenten gab. Der Professor Tandler vom Wiener Wohlfahrtsinstitut, der im Geruche sozialistischer Gesinnung stand, mußte seine Vorlesungen an der Universität einstellen, da die Faschisten in den Hörsaal eindrangen und die Vorlesungen gewaltsam verhinderten. Prominente Führer der sozialdemokratischen Partei, also der stärksten Partei im Lande, die von den sozialistischen Studenten zu Vorträgen eingeladen wurden, wurden durch die Faschisten gewaltsam am Betreten der Universität gehindert.

Nach all diesen Provokationen und Gewalttätigkeiten veranstalteten dann die faschistischen Studenten am 5. Februar eine Kundgebung „gegen den sozialistischen Terror“, die die Antwort der „Bildung“ auf den Generalstreik der Gewerkschaften vom 2. Februar sein sollte. Schon am frühen Morgen des 5. Februar versammelten sich die nationalen Studentenverbindungen auf der Rampe der Universität, um die sozialistischen Studenten am Betreten der Universität zu hindern und so die Vorlesungen überhaupt unmöglich zu machen. Das Rektorat, gegen dieses Treiben der Faschisten angerufen, stellte sich offen auf die Seite der Faschisten. Der Rektor Molisch erklärte, daß das die berechtigte Antwort der nationalen Studenten „auf den sozialistischen Terror“ sei. Die Polizei „darf“ bei allen Gewalttätigkeiten in der Universität nicht eingreifen, „da, zwar nach ungeschriebenem Recht (ein Gesetz oder eine Polizeiverordnung hierüber besteht nicht), wohl aber aus altherwürdiger Tradition, die Universität territoriale Autonomie genießt und der Rektor auf dem Boden der Universität die höchste Staats- und Polizeigewalt besitzt“, — wenn dabei auch ein paar Schädel sozialdemokratischer Studenten in Trümmer gehen.

Die Universität, die Brutstätte des Faschismus, ist also ein Staat für sich. Als nun die sozialistischen Studenten weder bei dem Rektorat, „der höchsten Polizeigewalt an der Universität“, noch bei ihrem Parteigenossen Seitz, „der höchsten Polizeigewalt in Wien“ (Dr. Karl Seitz ist Landeshauptmann und damit höchster Polizeikommandant des Landes Wien) zu ihrem Recht kommen konnten, wendeten sie sich in ihrer Not an die sozialdemokratischen Führer und an die Redaktion der „Arbeiterzeitung“. Dort wurde ihnen „der gute Rat“ erteilt, „sich um den Aufmarsch und die Provokationen der Faschisten nicht zu kümmern, man solle ruhig nach Hause gehen, sich während der Aufmärsche der Faschisten von der Universität fernhalten, denn ewig könnten die Kindereien der nationalen Studenten nicht dauern, und wenn die Faschisten wieder zur Vernunft gekommen seien, sei ja alles vorbei“. Die „Arbeiterzeitung“ vom 6. Februar berichtet denn auch mit vollbefriedigtem Wohlbehagen:

„Die Mitglieder des Verbandes der Sozialistischen Studenten hatten der Parole, sich an keinen Kundgebungen zu beteiligen, Folge geleistet und nahmen weder an den Vor-

gängen an der Universität, noch im Anatomischen Institut teil.“ „Das Vergnügen, ganz unter sich sein, sei ihnen vergönnt!“

triumphierte befriedigt die „Arbeiterzeitung“.

Aber die faschistischen Studenten waren weder „unter sich“, noch waren der größte Teil der sozialistischen Studenten so feige und erbärmliche Memmen, wie sie die „klugen Strategen“ der „Arbeiterzeitung“ eingeschätzt haben. Daß die Faschisten bei ihren Gewalttätigkeiten gegen die andersgesinnten Studenten „unter sich bleiben sollen“, ist eine so dumme und dreiste „Entdeckung“ der Austromarxisten, daß es sich wohl nicht verlohnt, viele Worte darüber zu verlieren. Die sozialistischen Studenten dachten auch gar nicht daran, die Prügeljungen für die Feigheit und Hilflosigkeit der austromarxistischen „Schlaumeier“ abzugeben. Sie schlossen sich dem „halben Dutzend“ kommunistischer Studenten an, und die wußten Rat. Die enge Verbindung, die die kommunistischen Studenten mit den Arbeitermassen unterhalten, zeigte ihnen den richtigen Weg, der zu gehen war. Als den Kommunisten das Betreten der Universität durch die Faschisten verwehrt wurde, eilten sie auf die Arbeitsnachweise und Stempelstellen und teilten den Erwerbslosen die Vorgänge an der Universität mit. In kürzester Zeit waren genügend starke Stoßtrupps und Haupttrupps zusammengestellt, und nun ging es im Laufschrift unter Führung der kommunistischen Studenten zurück zur Universität und zum Anatomischen Institut, und das, was dem Polizeigewaltigen Seitz „trotz aller Bemühungen“ der ganzen Wiener Polizeimacht, „trotz besten Willens“, nicht gelungen war, ist nach einer halben Stunde erledigt: die Eingänge zu den „althehrwürdigen Bildungsstätten der Zivilisation und der europäischen Kultur“ waren frei für alle Völker der Erde. Daß man nach „den Vorgängen auf der Universität und dem Anatomischen Institut“, wie sich die „Arbeiterzeitung“ so verächtlich ausdrückte, an den Faschistenschädeln allerlei chirurgische Studien machen konnte, das nur nebenbei.

Außer dieser Nebenerscheinung ist nur noch zu vermerken, daß die Polizei des Herrn Seitz, die stundenlang tatenlos dem Treiben der faschistischen Studenten zugesehen hatte, plötzlich alle „Exterritorialität“ der Universität vergessend, schnell in Bewegung kam, als es gegen die Arbeiter ging. Aber ihre Bemühungen, den Faschisten aus der Klemme zu helfen, waren vergebens. Das Heer der Arbeitslosen in Wien ist zu groß, als daß die Polizei mit ihm fertig werden könnte.

Nachdem die Rampe der Universität und selbst das Innere der Universität und das Anatomische Institut von den Faschisten gesäubert war, zogen die Arbeitslosen und die kommunistischen und sozialistischen Studenten, die Internationale singend, vor das Rathaus und nach dem Wohlfahrtsinstitut, wo die Studenten und Erwerbslosen kurze Ansprachen hielten und so die ursprünglichen Faschistenkundgebungen mit einer machtvollen Kundgebung der Arbeiter und der studierenden Jugend beantworteten. Die kommunistische Kampftaktik gegen den Faschismus hatte gesiegt, die Feigheit und Knechtlichkeit der Austromarxisten erntete die wohlverdiente Verachtung aller freigesinnten Studenten.

Diese und ähnliche Kämpfe mit meist blutigem Ausgang zogen sich noch monatelang auf der Wiener Universität und auf den Hochschulen hin, der Schulunterricht wurde tagelang empfindlich gestört, so daß die Behörden

wiederholt mit der Schließung der Universität und der Hochschulen drohen mußten.

Unter dem Protektorat und mit Unterstützung der Seipel-Regierung planten die faschistischen Verbände von ganz Oesterreich für den 6. März ihren „Marsch auf Wien“, „um ihre Forderungen und ihr Programm mit bewaffneter Demonstration vor dem Parlament und der Regierung mit Nachdruck zum Bewußtsein zu bringen“, wie es in der offiziellen Kundgebung der faschistischen Kampfverbände hieß. Auch hier wieder retteten die Kommunisten die Situation. Nach einem Aufruf der Kommunistischen Partei vom 2. März (in der „Roten Fahne“ am 3. März) nahmen die Belegschaften der Betriebe am 3. und 4. März einen Beschluß an, durch eine Gegendemonstration unter der Parole „Wien bleibt rot!“ den faschistischen Aufmarsch zu durchkreuzen. Hierauf sagten die Faschisten ihre zentrale Demonstration ab und begnügten sich mit einer Reihe kleiner Einzeldemonstrationen in der Provinz. Die Faschisten wagten nicht, sich gegen die Hunderttausende von Wiener Arbeitern zu stellen, die sie in den Straßen Wiens erdrückt hätten. Auch bei dieser Gelegenheit zeigten die Austromarxisten, daß sie nicht gewillt sind, gegen den Faschismus und die Konterrevolution zu kämpfen. Auf den Aufruf der Kommunisten antwortete die „Arbeiter-Zeitung“,

„daß man den Faschisten nicht verwehren könnte, was die Kommunisten und die Sozialdemokraten für sich in Anspruch nehmen — nämlich das Recht auf Demonstration.“

Die Berufung der Austromarxisten auf „die unverbrüchlichen Rechte der Demokratie“ waren natürlich — für jeden sozialdemokratischen Arbeiter ersichtlich — eitel Flunkerei. Demonstrationen züge der sozialdemokratischen Arbeiter werden von zwei oder drei Faschisten mit Gewehrfeuer auseinandergetrieben. Die gleiche „Arbeiter-Zeitung“, die sich auf die „Demokratie“ beruft, um den Faschisten beizuspringen, mußte wenige Tage zuvor berichten, wie in Innsbruck und in Mattersdorf die große mächtige Sozialdemokratie, die stärkste Partei im Lande, ihre geplanten Demonstrationen absagen mußte, weil die Handvoll Faschisten drohten, die Demonstrationen mit Waffengewalt zu verhindern und sie darauf von dem christlich-sozialen Landeshauptmann verboten wurden. Alle diese Dinge ereigneten sich im Februar—März dieses Jahres, und da zeigte sich schon deutlich der offene Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Interessen der Arbeiterklasse, es zeigte sich, wie die Austromarxisten, die eine Partei von 650 000 Mitgliedern mustern, vor 6000 bis 7000 Faschisten feige zu Kreuze krochen. Vor den bewaffneten Faschisten war jede Berufung auf die „Unverletzlichkeit der Demokratie“ ein Hohn. Die Demokratie gilt nur den Arbeitern gegenüber, die Faschisten haben das Recht auf Diktatur. Als unser österreichisches Parteiorgan, die Wiener „Rote Fahne“, den Raub der Arsenalwaffen mitteilte und die Arbeiter alarmierte, entschuldigte die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ diesen Raub mit der Erzählung, daß es sich um vollkommen verrostete und unbrauchbare Waffen handle. Diese Waffen waren so „verrostet“, daß sie jetzt in den Kampftagen des Proletariats in den Händen der Faschisten und Heimwehren hundertundfünfzig Arbeitern das Leben kosteten. Jedenfalls war die Quintessenz der Politik der Austromarxisten die, daß in den gleichen Tagen, in denen die sozialdemokratischen Arbeiter die Entwaffnung der Faschisten und die Bewaffnung der Arbeiter

forderten, sie gemeinsam mit der Faschistenregierung dafür sorgten, daß die wenigen Waffen, die die ganz zuverlässigen Arbeiter des Republikanischen Schutzbundes noch hatten, an die Faschisten ausgeliefert wurden. So sorgten die Austromarxisten für die restlose Entwaffnung der Arbeiter und für die Bewaffnung der faschistischen Banden. Die Austromarxisten Otto Bauer, Karl Renner, Julius Deutsch usw. sorgten lange vor dem Aufstand der Wiener Arbeiter für die blutige Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse. Das ist das historische „Verdienst“ des Austromarxismus im Befreiungskampf des österreichischen Proletariats.

*

Die christlichsoziale-großdeutsche Regierung Seipel ist bei ihren legalen und illegalen Rüstungen zur blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse nach bewährten Mustern zu Werke gegangen, indem sie bekannte Organisatoren der Konterrevolution aus den Ländern, wo die blutige Abrechnung mit der Arbeiterschaft schon stattgefunden hat, zu Rate zog. Unzählige Konferenzen der christlich-sozialen Landeshauptleute, Parteifunktionäre und sonstiger Würdenträger fanden statt, in denen die Richtlinien für die Organisierung der christlich-sozialen „Heimwehren“, der großdeutschen Wehrverbände „Frontkämpfer“ und der rein faschistischen Banden nach italienischem, bayrischem und ungarischem Muster beraten und beschlossen wurden. So entstanden neben dem sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbund“, aus dem die Otto Bauer und Julius Deutsch die Kommunisten ausgeschlossen haben, der obendrein unbewaffnet nur eine sozialdemokratische Paradedruppe ohne jede ernsthafte militärische Bedeutung ist, die wirklichen bewaffneten Wehrverbände der österreichischen Bourgeoisie. Diese bürgerlichen Wehrverbände sind an Umfang und Zahl ihrer Mitglieder nicht groß und können in keiner Weise mit den Hitler-Organisationen im Jahre 1921/23 in Bayern, mit dem heutigen Stahlhelm in Deutschland, mit dem „erwachenden Ungarn“ oder gar mit den faschistischen Organisationen in Italien verglichen werden. Der sozialdemokratische „Republikanische Schutzbund“ befindet sich mit seinen 300 000 bis 400 000 Mitgliedern gegenüber den gesamten, in vielen politischen Parteilagern stehenden bürgerlichen Wehrverbänden, die bestenfalls die Zahl von 80 000 bis 100 000 Mitgliedern erreichen dürften, in erdrückender Uebermacht.

Während aber der sozialdemokratische Wehrverband grundsätzlich nach dem Prinzip der „Stimmzettel-Diktatur“ und des „Fanatismus der Gewaltlosigkeit“ — soweit es gegen die Bourgeoisie und ihre „christlichen“ Wehrverbände geht, der aber wohlgedrillt ist zum Terror und zur Gewalttätigkeit, soweit es gegen die Kommunisten und „anderes Gesindel“ geht — unbewaffnet ist und auf die „reine und unverfälschte Demokratie“ schwört, sind die bürgerlichen Wehrverbände von erfahrenen Konterrevolutionären, die in manchem Bürgerkrieg die Kampfstrategie und Kampfmethoden erlernten, organisiert, ausgerüstet und ideologisch auf den Bürgerkrieg vorbereitet. Die zahlenmäßige Unterlegenheit der bürgerlichen Wehrverbände wird bei weitem durch Bewaffnung, Ausrüstung, Schulung, Ausbildung und Vorbereitung zu ihren Klassenaufgaben wettgemacht.

Um dieses Ziel der genügenden Ausbildung und Vorbereitung der bürgerlichen Wehrverbände zu erreichen, bestellte sich die Seipel-Regierung so bekannte und bewährte Organisatoren der konterrevolutionären Kampfver-

bände wie den bayrischen Forstrat Escherich, den Begründer und Organisator der bayrischen „Orgesch“ (Organisation Escherich), den Grafen Telezki aus Ungarn, den Hauptorganisator des ungarischen Kampfverbandes „Das Erwachende Ungarn“ und eine Reihe anderer faschistischer Berühmtheiten. Der Forstrat Escherich „arbeitete“ im Herbst, Winter und Frühjahr 1926/27 in Tirol, Salzkammergut, Oberösterreich und Wien, Graf Telezki um die gleiche Zeit besonders im Burgenlande, Niederösterreich und in Steiermark. Beide faschistischen Organisatoren konferierten wiederholt direkt mit Seipel, aber noch mehr mit dem Kriegsminister (Minister der Wehrmacht) Vaugoin, der in ständiger Verbindung mit den konterrevolutionären Organisatoren stand und ohne dessen Mitarbeit die Organisierung der Konterrevolution nicht möglich wäre. Ebenso wie die Verbindung mit der Regierung hergestellt war, ebenso funktionierte die Verbindung mit den Landeshauptmannschaften der einzelnen Länderregierungen. Unser österreichisches Zentralorgan der Partei, die Wiener „Rote Fahne“, hat in den Monaten Januar, Februar und März wiederholt die Rüstungen der Konterrevolution aufgedeckt, auf die Tätigkeit der Escherich, Telezki u. a. und auf die Verbindung, die zwischen diesen und der Seipel-Regierung besteht, hingewiesen. Auch der Wiener „Abend“, die halboffiziöse sozialdemokratische Mittagszeitung hat sich im Gegensatz zur Wiener „Arbeiter-Zeitung“ an der Aufdeckung der konterrevolutionären Bürgerkriegsvorbereitungen und an der Alarmierung der Arbeiterschaft beteiligt.

Die vier Arbeitermorde, die sich in wenigen Monaten nacheinander ereigneten, waren nur Erscheinungen der allgemeinen konterrevolutionären Aufrüstungen. Die Verteidigung und Rechtfertigung der Mörder und der Mordtaten durch die gesamte Bourgeoisie ergab sich aus ihrer Klasseneinstellung: wer das System will, muß auch die einzelnen Ereignisse, die aus ihm entspringen, wollen. Daß bei solcher Lage der Dinge die Austromarxisten nur radikale Worte machten und nur machen konnten, lag klar auf der Hand. Die Austromarxisten hatten 1918/19 die bürgerliche Gesellschaft vor der proletarischen Revolution gerettet, sie hatten die „kapitalistische Sanierung“ Oesterreichs durch den Völkerbund und auf Kosten der Arbeiter unterstützt und gemeinsam mit den Christlichsozialen durchgeführt, sie haben die Entwaffnung der Arbeiter gewollt und geduldet, wie sollten sie jetzt, wo die Bourgeoisie sich zur entscheidenden blutigen Niederwerfung der Arbeiter rüstete, einen ernstesten Kampf im Interesse des Proletariats führen können? Sie taten daher in dieser Situation nur das, was für sie nach Lage der Dinge zu tun möglich war: sie steckten den Kopf in den Sand, leugneten jede konterrevolutionäre Gefahr, bestritten die faschistischen Rüstungen und sprachen von „unverantwortlichen Elementen, die Soldaten spielen“, drohten auch hier und da einmal, wenn den Arbeitern die Geduld reißen wollte, ermahnten die Arbeiter zur „Ruhe und Ordnung“, denn — „der Sozialismus kann nur durch die Demokratie und durch den Willen der Mehrheit, und nicht durch rohe Gewalt erreicht werden“. So spielten die Austromarxisten in Oesterreich de facto genau die gleiche Rolle, wie sie die Kautsky und Hilferding, die Ebert und Scheidemann, die Noske und Hofmann, die Wels und Hörising in Deutschland gespielt haben. Der seitherige Unterschied zwischen den deutschen Bluthunden und den österreichischen Lakaien der Bourgeoisie liegt in objektiven und nicht in subjektiven Ursachen begründet. Aber darüber später.

B. S M E R A L :
D A S L A N D , D A S I N D E N K R I E G G E H E N S O L L

Ein Jahr ist verflossen, seit die Exekutive der Kommunistischen Internationale sich ausführlich mit der rumänischen Frage beschäftigt hat. Auf Grund der praktischen Erfahrungen eines Jahres ist es möglich, die damals in der rumänischen Resolution festgelegten Beschlüsse und ihre Durchführung zu überprüfen. Gleichzeitig ist es notwendig, den Plan der weiteren Arbeit der Kommunistischen Partei Rumäniens im Zusammenhange mit denjenigen Aufgaben auszuarbeiten, die sich aus der jetzigen innerpolitischen Lage des Landes, vor allem jedoch aus der neuen internationalen Situation ergeben. In Rumänien ist eben die Regierung der Volkspartei, des Generals Ayerescu, gefallen, die die englisch-italienische Demonstration des Unterschreibens des Vertrages über Bessarabien mitmachte. Es wäre aber ganz falsch, zu meinen, daß die neue Regierung der Liberalen Partei (Bratianu) einen neuen Kurs in der auswärtigen Politik einschlagen werde. In dem ersten Interview, das der Chef der neuen Regierung, der gleichzeitig Minister des Aeußern ist, am 10. Juli den ausländischen Journalisten gab, betonte er mit gleichem Nachdruck die Festigung des Zusammenhanges nicht nur mit den Ländern der Kleinen Entente, sondern auch mit Polen. In diesem Zusammenhange führte er dann wörtlich aus:

„Rumänien arbeitet an der Stärkung des Bündnisses mit Frankreich, Italien und besonders mit England. Eines der ernstesten Ziele der auswärtigen Politik Rumäniens ist die Vertiefung des Bündnisses mit England.“

Diese Erklärung des neuen rumänischen Ministers des Aeußern ist ein sehr deutliches Angebot auf die Nachfrage nach dem Menschenfleisch der Janitscharen, die auf der Londoner Börse besteht. In der Konzeption der von den englischen Kapitalisten organisierten internationalen Konterrevolution, in den aggressivem, gegen den Sowjetstaat gerichteten Anschlägen Englands soll Rumänien, ähnlich wie Polen, eine spezielle Aufgabe bekommen. Darum muß man dem Lande und der vorläufig noch schwachen Kommunistischen Partei Rumäniens ein erhöhtes Interesse widmen. In diesem Artikel wollen wir nicht eine erschöpfende politische und wirtschaftliche Analyse der Gesamtlage des Landes geben, sondern nur eine Reihe konkreter Tatsachen aus den letzten sechs Monaten zusammenstellen, die in ihrer Gesamtheit die Charakteristik des täglichen Lebens geben.

Das abgelaufene Jahr hat in Rumänien sehr wesentlich zur weiteren Kompromittierung der bürgerlichen, der parlamentarischen „Demokratie“ überhaupt beigetragen. Dies ist deswegen von Bedeutung, weil Rumänien bei seinem heutigen Umfange (nach dem Balkankrieg und nach dem Weltkrieg ist die Bevölkerung Rumäniens durch Annexionen von 7 auf 16 Millionen, wovon fast 5 Millionen Nicht-rumänen sind, gewachsen), national keine weiteren Aspirationen haben kann und weil infolgedessen damit zu rechnen ist, daß England bei der ideologischen Vorbereitung des Krieges gegen die USSR gerade in Rumänien mit dem

Argument der „Demokratie“ operieren wird. Nun, was wissen die Massen der rumänischen Arbeiter und Bauern, die sich in einen ihren Interessen fremden Krieg schleppen lassen sollen, über die Demokratie aus eigener Erfahrung?

Eben jetzt haben die rumänischen Arbeiter und Bauern eine Aenderung der Regierung und neue Parlamentswahlen erlebt. Am 6. Juni ist das Ministerium der Volkspartei, des Generals Averescu, abgetreten und nach zwei Wochen, in denen ein Uebergangskabinet der „nationalen Koalition“ mit einem Prinzen an der Spitze regierte, am 21. Juni, hat die Liberale Partei mit ihrem Führer Bratianu die Regierungsmaschinerie übernommen. Am 7. Juli fanden neue Parlamentswahlen statt. Wie gingen diese Wahlen tatsächlich vor sich? Wie werden in den Ländern der bürgerlichen „Demokratie“ die Parlamente und die Regierungen geboren? Die rumänischen Arbeiter und Bauern konnten es unmittelbar, mit eigenen Augen sehen, sie konnten es direkt mit Händen greifen, und auch die rückständigsten unter ihnen haben sich überzeugen können, mehr als genug, wie naiv, wie unsinnig die Vorstellung ist, daß unter der Herrschaft der bürgerlichen „Demokratie“ das Volk das Parlament wählt und das gewählte Parlament die Regierung bestimmt. Schon vor dem Kriege waren in den Ländern des „normalen“ Parlamentarismus die Parlamentswahlen, bei denen alle Mittel der Macht und der Beeinflussung (Presse usw.) sich in den Händen der Bourgeoisie befanden, nur ein Mittel zur Fälschung des Willen des Volkes. In Rumänien, wie in sämtlichen sogenannten „demokratischen“ Ländern, wird jetzt diese Fälschung in einer besonders zynischen Form gemacht. In der kurzen Zeit von fünf Jahren haben die Arbeiter Rumäniens jetzt schon zum dritten Male die Entstehung, die Geburt einer Regierung und eines Parlaments erlebt. In allen drei Fällen war die Regierung in Wirklichkeit von einer ganz kleinen Gruppe der Banken, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer geschaffen. Niemals war das Parlament vor der Regierung, sondern immer war die Regierung vor dem Parlament. Niemals hat das Parlament die Regierung gewählt, sondern immer hat die schon früher eingesetzte Regierung das Parlament „gewählt“. Niemals kam eine solche Regierung zustande, die das bestehende Parlament wollte, immer, mit einer Sicherheit von 100 Prozent kam eine solche Parlamentsmehrheit zustande, wie sie die bestehende Regierung wollte. Dreimal in fünf Jahren haben die Arbeiter und Bauern Rumäniens erlebt, wie über die Regierung außerparlamentarische Kräfte entscheiden und wie die „Wahl“ des Parlaments durch die Regierung mit Hilfe der Bajonette, der Gendarmen, des Terrors und der Gewalt vor sich geht, wie das Volk dabei absolut nichts anderes zu tun hat, als dieser widerlichen Komödie einen Mantel zu leihen. Die Wahlen im Jahre 1922 hat der Führer der Liberalen Partei, Bratianu, gemacht. Als er die Macht kurz vor den Wahlen übernahm, hatte er im Parlament keine „demokratische“ Mehrheit, nur sechs Abgeordnete standen hinter ihm. Als er aber unter dem „Schutze“ der übernommenen Macht das Volk „frei“ wählen ließ, sprang seine liberale Partei sofort von 7 Mandaten auf 280! Ganz ähnliches wiederholte sich bei den neuen Wahlen am 25. Mai 1926. Hätte die liberale Regierung selbst die neuen Wahlen durchführen können, könnte man mit einer Sicherheit von 100 Prozent damit rechnen, daß der „freie Wille“ des demokratischen „freien“ Volkes wieder eine große liberale

Mehrheit in das Parlament schicken würde. Aber Bratianu ist als Chef der Regierung gefallen, weil er sich schon so kompromittiert hat, daß sein weiteres Verbleiben in der Regierung den Interessen des Großkapitals schädlich wäre, und die Macht wurde auf seinen eigenen Antrag dem Führer der kleinsten Gruppe im Parlament übergeben. So ist am 1. April 1926 der Führer der Volkspartei, General Averescu, Ministerpräsident geworden. Er hatte keine demokratische Mehrheit, sondern nur 8 Abgeordnete hinter sich. Er beraumte aber für den 25. Mai 1926 Neuwahlen an, unter dem „Schutze“ seines Apparates und seiner Macht werden sie durchgeführt und das Resultat: Averescus kleine Volkspartei springt in der Kammer von 8 Mandaten auf 286, im Senat erobert sie sogar 108 Mandate von insgesamt 113. Die Vertretung der bis zum letzten Monat allmächtigen liberalen Partei Bratianus in der Kammer ist von 280 auf 11 Abgeordnete gefallen. Und zum dritten Male wiederholt sich dasselbe Spiel jetzt, am 9. Juli 1927. Ein Jahr war Averescu allmächtig, hatte im Sinne des demokratischen Prinzips eine große Mehrheit im Parlament; auf Grund der Entscheidung der kleinen Gruppe von Kapitalisten und Banken, die ihn vor einem Jahr ohne die Mehrheit zur Macht erhoben hatten, mußte er jetzt, trotz dieser Mehrheit, am 4. April plötzlich die Ministerpräsidentschaft niederlegen, die Regierung wurde wieder in die Hände Bratianus gegeben. Am 9. Juli appellierte Bratianu an die Wähler, diesmal „schützte“ er wieder mit dem Apparate der Staatsmacht die „Freiheit“ ihrer Entscheidung. Und das Resultat? Die Volkspartei des Averescu, die bis jetzt im Parlament eine große Mehrheit, 286 Abgeordnete, hatte, geht aus den Wahlen vollkommen vernichtet hervor. Sie bekommt überhaupt kein einziges Mandat, Averescu selbst wurde nicht gewählt, er bekam in seinem Wahlbezirk nur 350 von mehr als 20 000 Stimmen. Unter dem Eindruck der Wahlniederlage bei der Wahl in die Kammer beschloß die Volkspartei, an den Senatswahlen überhaupt nicht mehr teilzunehmen, trotzdem sie im Senat von 113 der Mandate 108 hatte! Im Gegensatz dazu wird die vor einem Jahre, im Mai 1926, bei den Wahlen vernichtete Liberale Partei Bratianus jetzt im Parlament statt 11 Abgeordnete 318 haben. Neben diesen wurden am 7. Juli nur noch 54 Zaranisten und 15 Kandidaten des bürgerlichen Blockes der nationalen Minderheiten gewählt.

Aber nicht nur die Bildung, auch die Liquidierung der Parlamente und der Regierungen in den Ländern der parlamentarischen Demokratie ist belehrend. Kommt bei der Bildung einer neuen Regierung und bei der Wahl eines Parlaments die Wertlosigkeit der Formen der parlamentarischen Demokratie zum Vorschein, so kann man bei der Liquidierung einer Regierung und eines Parlaments besonders gut die Tatsachen beobachten, die für den Inhalt des parlamentarischen demokratischen Regimes charakteristisch sind. Wie wurde in Rumänien die Averescu-Regierung und ihr Parlament liquidiert? Die Minister verließen ihre Plätze am 6. Juni. In den letzten Wochen und besonders in den letzten Lebenstagen der Regierung und des Parlaments herrschte in allen Kanzleien und Klubs eine fieberhafte Tätigkeit. Im Parlament haben die Regierungsabgeordneten sich nicht geschämt, ein spezielles Gesetz zu beantragen und im beschleunigten Verfahren darüber abzustimmen, daß dem Averescu wegen seiner „Verdienste“ eine Wohnung in Bukarest „in einem bestehenden staatlichen oder in

einem zu errichtenden oder käuflich zu erwerbenden Gebäude“ auf Lebensdauer unentgeltlich gegeben werden soll, die Einrichtung und die Erhaltung der Wohnung obliege dem Staat. In Durchführung dieses Gesetzes bewilligte das Ackerbauministerium vier Tage vor dem Wechsel in der Regierung eine Summe von 7 Millionen Lei zum Ankauf eines entsprechenden Hauses. Die Abgeordneten beschließen noch ein Gesetz, durch das sie ihre Gehälter für die Zeit der Ferien (in der Zeit der Sitzungen bekommen sie noch besondere Tagesdiäten) von 42 000 auf 84 000 Lei monatlich erhöhen. Als sie schon wußten, daß das Parlament aufgelöst wird, und ihre Mandate erlöschen werden, lassen sie sich rasch an der Kasse des Abgeordnetengehalt als Vorschuß bis zum Dezember 1927 auszahlen. Viele Abgeordnete verhandelten mit verschiedenen Behörden, um zu erreichen, daß der Staat ihnen ihre privaten Häuser zu einem den wirklichen Wert weit übersteigenden Preis abnehme. Diese Abmachungen werden eilig zum Abschluß gebracht und rechtlich sichergestellt. General Petrescu schämt sich nicht, sein Haus zuerst dem Unterrichtsministerium, dann dem Arbeitsministerium anzubieten. Das Unterrichtsministerium lehnte ab, weil der für ein kleines Familienhaus geforderte Preis von 3 000 000 Lei phantastisch hoch war. Aber nach drei Tagen kauft das Arbeitsministerium dasselbe Haus und zahlt dem von der noch regierenden Partei protegierten General nicht die von ihm geforderten 3, sondern 4,6 Millionen Lei aus! Dasselbe Unterrichtsministerium, welches in diesem Falle den Einflüssen der Korruption unzugänglich schien, macht gleichzeitig eine ganze Reihe von Geschäften mit anderen Mitgliedern der Volkspartei, bei denen der Staat um 10 Millionen beraubt wurde. So hat es unter anderem beim Bahnhof Titu ein Haus um 8,7 Millionen Lei erworben, das ihm selbst einige Zeit früher für zwei Millionen offeriert worden war. Im Eisenbahnministerium werden in aller Eile Lieferungsverträge abgeschlossen. Eine kleine Fabrik, die sich nur mit kleinen Reparaturen beschäftigt, hat jetzt die Hälfte aller Lokomotiven zur Reparatur angewiesen bekommen. Am Prut wurden die Staatsgründe im Werte von fünf Millionen um 50 000 Lei verkauft. Unter den Angestellten der Post wird offiziell eine Aktion eingeleitet zum Ankauf eines Hauses für den Generalpostdirektor Papacortea. Um die notwendige Summe aufzubringen, wird jedem Postangestellten ein Teil seines Gehaltes abgezogen. Als die neue Regierung die Ministerien übernahm, stellte sie fest, daß überall die Gelder, die noch in den Kassen sein sollen, im ganzen 3 Milliarden Lei, fehlten! Durch ein offizielles Communiqué wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Minister der Volkspartei diese Gelder defraudiert und unter sich und unter ihre Parteifreunde verteilt haben. Averescu verteidigt sich in den Zeitungen. Er gibt zu, daß seine Regierung wirklich die Ueberschüsse der verschiedenen Ministerien ungesetzlich entwendet habe, aber nicht für persönliche Zwecke, sondern aus Patriotismus, für geheime Kriegsbestellungen in Italien, als Preis für Mussolinis Unterschrift auf dem bessarabischen Verträge. Aber die zweite bürgerliche Gruppe kommt sofort mit konkreten Belegen, auf welche Weise die italienische Politik und die italienischen Geschäfte von Averescu gemacht wurden. Als Beispiel sei hier ein Fall angeführt: Im August vorigen Jahres machte die rumänische Armeeführung die erste große Bestellung in Italien. Bei der italienischen Firma Casa Giandosi wurden bestellt 50 000 Manlichergewehre, 3000 Maschinengewehre, 12 Mil-

tionen Patronen. Als die Bestellung gemacht wurde, hat diese Firma überhaupt nicht existiert. Erst zwei Monate später haben einige Abenteurer und Spekulanten eine solche „Firma“ formell gegründet, den Vorschuß aus Rumänien bekommen, dann bei der italienischen Regierung alte Waffen billig gekauft und nach Rumänien viel teurer geliefert. Durch die Preisdifferenz nur bei dieser einen Lieferung wurde der rumänische Staat um 13 Millionen betrogen. Jeder einfache Einwohner ist überzeugt, daß solche Geschäfte ohne Bestechungen und Provisionen nicht möglich wären. Jeder ist überzeugt, daß Bestechungen und Provisionen auch beim Abschluß der letzten italienischen Anleihe von 200 Millionen Lei vorkamen.

Fast alle diese Affären waren in die kurze Zeit von etwa 6 Wochen, von der Liquidierung des alten bis zur Wahl des neuen Parlaments, eingepreßt. Sie kamen gerade am 10. Mai ins Rollen, als das Parlament zu einer außerordentlichen Festsitzung zusammengerufen wurde, um das große nationale Jubiläum zu feiern und mit dem Humbug der nationalen „Einheit“ gegen die wachsende Unzufriedenheit der Massen zu wirken, die Wirklichkeit der Klassengegensätze zu vertuschen. Wenn eine solche unverschämte, schäbige Korruption auf dem Gipfel der bürgerlich-demokratischen Politik, bei den Ministern, Abgeordneten und Parteiführern ganz öffentlich blüht, kann man sich leicht vorstellen, wie das ganze öffentliche Leben von Korruption verseucht ist. Der Unterrichtsminister, der selbst mit Häusern Geschäfte macht, um Geschenke machen zu können, mußte Ende Mai an sämtliche Professoren ein Zirkular herausgeben, das die Annahme von Geschenken der Schüler verbietet. Es gibt kein einziges Ressort, wo ein solches Zirkular nicht notwendig wäre. Die Ueberzeugung von der Käuflichkeit der Richter ist eine so allgemeine, daß sie sogar eine eigenartige „Abweichung“ bei einzelnen Arbeitern hervorrief. Vor den politischen Prozessen entstand in ihrem Kopfe als erster Gedanke nicht der, wie mit Hilfe der Massen gegen die Klassenjustiz den Kampf aufzunehmen, sondern wie das Geld zu beschaffen sei, um die Richter zu bestechen und so die Verfolgten aus dem Kerker zu retten.

Averescu Volkspartei hat sich in einem Jahre unmöglich gemacht. Aber die Liberalen, die jetzt zur Macht kommen, haben dieselbe korrupte niederträchtige Vergangenheit. Auch die vier Jahre der ersten Regierung Bratianu (1922—1926) waren voll von ungläublichen Skandalen. Die Massen vergessen vor allem nicht, daß das geltende faschistische Wahlrecht das Werk der Liberalen ist, daß das in ihrer Aera beschlossene Kommerzialisierungsgesetz ein noch ärgerer Diebstahl am Staatsvermögen war als die verschwundenen 3 Milliarden bei der Liquidierung des Ministeriums Averescu. Nicht nur Personen und Parteien, das ganze System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ist vor den breiten Massen der Arbeiter und arbeitenden Bauern im höchsten Maße kompromittiert. Für die Ernüchterung der Arbeiterschaft aus den parlamentarisch-demokratischen Illusionen ist bezeichnend, daß das sozialdemokratische Blatt, um von den Arbeitern die Stimmen zu bekommen, eine Woche vor der Wahl folgendes Zitat aus Marx bringen mußte:

„Wenn das allgemeine Stimmrecht nicht die wundertätige Wünschelrute war, wofür republikanische Biedermänner es angesehen hatten, besaß es das ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der bür-

gerlichen Gesellschaft ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Fraktionen der ausbeutenden Klassen in einem Wurf auf die Staatshöhe zu schleudern und ihnen so die trügerische Larve abzureißen, während der Zensus nur bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie sich kompromittieren, die anderen hinter den Kulissen im Versteck ließ und sie mit dem Heiligenschein einer gemeinsamen Opposition umgab.“

Die rumänischen Sozialdemokraten sind dieselben parlamentarischen Krems, sind dieselben Betrüger wie alle Parteien der II. Internationale. Ihre wirkliche Ansicht ist, daß der bürgerliche Parlamentarismus in Rumänien nicht am Abend, sondern in der ersten Morgenstunde seines Tages ist. Sie stellen sich offen das politische Ziel, dem Staate zur „Verbürgerlichung“ und zum Kapitalismus zu verhelfen, sie greifen die Liberalen und Nationalzaranisten mit dem Argumente an, daß sie wenig bürgerliche und kapitalistische Politik machen. Wenn sie aber trotzdem, um überhaupt auf Stimmen von den Arbeitern hoffen zu können, Marx und eben dieses Zitat von ihm zur Hilfe nehmen müssen, so ist das für die Stimmung der Massen charakteristisch. Die Masse der arbeitenden Menschen, der Arbeiter und Bauern, die in den letzten fünf Jahren einen so außerordentlich wirksamen Anschauungsunterricht über bürgerliche Demokratie und Parlamentarismus durchgemacht haben, muß als ein guter Boden für die Aufnahme der revolutionären Gedanken des Kommunismus betrachtet werden.

*

Dieser Anschauungsunterricht, den die Masse der Arbeitenden von ihren Beherrschern bekommt, ist besonders wirksam, weil die soziale Lage der breitesten Schichten der Bevölkerung eine sehr schlechte ist. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels die ganze ökonomische Situation des Landes von neuem zu beschreiben. Die charakteristischen Grundzüge, die vor einem Jahre in der rumänischen Resolution formuliert wurden, bleiben weiter in Gültigkeit. Hier sollen einige konkrete Tatsachen aus der ersten Hälfte dieses Jahres angeführt werden. Dabei sollen selbstverständlich auch die Tatsachen nicht verschwiegen werden, die mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zusammenhängen. Es wird sich zeigen, daß besonders in Rumänien diese relative Stabilisierung nur auf Kosten des ungeheuren Elends der Arbeiter und Bauern, gleichzeitig auf Kosten der Entwicklung der Produktivkräfte, der Industrialisierung des Landes und nur mit Hilfe des kapitalistischen Auslands, also auf Kosten der eigenen Unabhängigkeit durchgeführt werden kann.

Das rumänische Staatsbudget für das Jahr 1927 ist aktiv, aber nur formell, weil wichtige passive Betriebszweige (besonders die Eisenbahnen) aus ihm herausgenommen worden sind. Es sollte heuer in das Budget ein Betrag von zwei Milliarden Lei zur Regelung der Gehälter der Staatsangestellten eingereicht werden. Weil kein Geld da ist, wurde das den Angestellten offiziell von der Regierung gegebene Versprechen nicht gehalten. Der Kurs des Lei war während des ganzen Jahres 1926 sehr schwankend, im April 1927 hat er einen ziemlich starken Aufschwung nach oben gemacht. Im Mai 1926 kostete ein Lei in Zürich 1,5 Schweizer Rappen, im November 3 Rappen, Mitte März 1927 3,12, Ende März 3,40, am 9. Juli wieder 3,24. Wegen der Schwankung der Valuta ist der Bankkredit unglaublich teuer (Zinsen bis 40 Prozent). Die Summe für die Verzinsung der Staatsschuld macht

16,4 Prozent des Staatsbudgets aus. Was die Industrie betrifft, so sind die Tatsachen aus den letzten Monaten verschiedener Art. Unstrittig ist, daß die Zahl und Größe der Aktienunternehmungen wächst. Das ist aber noch kein Beweis dafür, daß die Industrialisierung des Landes wachsen würde. Die privaten Betriebe werden in Aktiengesellschaften umgewandelt, damit das Kapital der rumänischen Banken — und durch sie das ausländische Kapital — unter nationaler Flagge in die bis jetzt ungarischen und deutschen Betriebe eindringen kann. Systematisch wird die Industrie in den eroberten Gebieten der nationalen Minderheiten gedrosselt. Im Zusammenhange damit ist, als ein Beispiel aus der letzten Zeit, die Aufhebung der bukowinischen Eisenbahndirektion in Czernowitz charakteristisch. Die letzte Steigerung der Valuta hat auf wichtige Teile der Produktion ungünstig gewirkt und ihre Krise verschärft. Rumänien kann wirtschaftlich schwer ohne Ausfuhr von Getreide, Petroleum und Holz leben. Durch das Sinken der ausländischen Zahlungsmittel ist dieser Export ernstlich bedroht. Es melden sich schon die Folgen in Form der rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit, deren Problem um so ernster wird, als in Rumänien überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung besteht. Der Absatz von Petroleum hat während des Monats April eine solche Stockung erfahren, daß der Preis für einen Waggon von 28 000 auf 17 000 Lei sank. Es liegen Berichte aus Moreni und Ploesti vor, daß allein an diesen zwei Orten die Petroleumfirmen mehrere Tausende von Arbeitern entlassen haben. Eine große Krisis (das ist auch vom Standpunkte des Krieges wichtig) besteht jetzt im rumänischen Transportgewerbe. Wie schon gesagt, sind die Eisenbahnen von dem ordentlichen Staatsbudget ausgenommen, und zwar deswegen, weil sie schon seit Beendigung des imperialistischen Krieges eine passive Bilanz haben. Sämtliche Einnahmen reichen nicht einmal für die Reparaturen, für Anschaffung neuer Waggon, Lokomotiven; an den Bau neuer Strecken ist überhaupt nicht zu denken. Die Lokomotiven und Waggon sind abgenutzt, was sehr viele Eisenbahnkatastrophen zur Folge hat. Der Waggonmangel erschwert den Export der Produkte. Dieser Mangel ist so groß, daß sich im Jahre 1926 Rumänien von Ungarn, dem es politisch feindlich gegenüberstand, die Waggon ausborgen mußte, wenn die für den Export schon bereitstehenden Waren nicht im Lande liegen bleiben sollten. Der Arbeitslosigkeit muß jetzt in Rumänien deswegen große Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil sie gleichzeitig mit einer unerträglichen Teuerung verbunden ist. Die Steigerung der Valuta hat zwar den Export erschwert und die Arbeitslosigkeit vermehrt, sie hat aber die Kaufkraft des Geldes auf dem inneren Markt gar nicht erhöht, im Gegenteil. Die Teuerung ist weiter gestiegen. Teurer wurden die eingeführten Artikel, teurer wurden aber auch die Lebensmittel. Diese werden in Rumänien von Monat zu Monat durch Preisprüfungskommissionen bestimmt. Im Januar wurde der Brotpreis von 11 auf 12, der Preis von Maismehl von 5 auf 6, von Zucker von 32 auf 40 Lei erhöht. Im April wurde durch Beschluß der Preisprüfungskommission der Höchstpreis des Rindfleisches von 32 auf 34, bei besseren Sorten von 36 auf 42 erhöht. In vielen Fällen bleiben die Höchstpreise auf dem Papier. Trotzdem in diesem Frühjahr der Lei das Doppelte seines Wertes vom Vorjahre erreicht hat, hat sich das Leben verteuert. Im allgemeinen sind die Preise jetzt 51 bis 57 mal so hoch wie sie vor dem Kriege waren.

Sehr große Beunruhigung herrscht in den breiten Schichten der Bevölkerung in Rumänien wegen der Wohnungsfrage. Kurz vor den Osterfeiertagen, am 15. April, hat das demokratische Parlament mit 145 gegen 28 Stimmen ein Mietsgesetz angenommen, das ungeheure Konsequenzen für die Mieter haben wird. Nach einer Vorbereitungsfrist von einem Jahre (nur für die Staatsbeamten nach zwei Jahren) wird überhaupt jeder Schutz der Mieter aufhören, die Hauseigentümer bekommen absolut unbeschränkte Freiheit, die Miete zu erhöhen und die Mieter aus den Wohnungen auf die Straße hinauszuerwerfen. Aber schon jetzt, vor dem Ablauf dieser Frist, hat ein jeder Inhaber des Hauses das Recht, den Mietszins wesentlich zu erhöhen, und zwar bei den großen Wohnungen auf das zwölfwache, bei den kleinen und und kleinsten Wohnungen auf das sechszehnfache des Vorkriegszinses. Ueberhaupt war die Regierung unmittelbar vor Ostern besonders herausfordernd und frech. In derselben Zeit, wo die arbeitende Bevölkerung durch die Behandlung des Mietsgesetzes im Parlament beunruhigt war, hat die Regierung an sämtliche Behörden ein Zirkular gerichtet mit der Aufforderung, Maßnahmen für einen radikalen Abbau, für schrittweise Entlassung eines ganzen Viertels der Staatsangestellten zu treffen. In derselben Zeit, am 10. April, hat der Finanzminister einen Erlaß herausgegeben, wonach die rückständigen Steuern unnachsichtig einzutreiben und den armen Schuldnern evtl. auch Bettzeug und Kleidungsstücke wegzunehmen seien, falls sie nichts anderes haben. Dabei ging man so weit, daß man den Steuerexekutoren vor den Feiertagen das Gehalt nicht ausgezahlt hat, solange sie nicht die Steuerrückstände eingetrieben haben werden. In derselben Zeit, am 10. April, ist im Amtsblatt „Monitorul Oficial“ ein neuer Zolltarif publiziert worden, der sofort, nach vier Tagen, in Kraft treten sollte und der die Teuerung (besonders der Textilien, Kolonialwaren und Medikamente) verschärft. Eine so wichtige Maßnahme wie der Zolltarif wird im Sinne der bürgerlichen „Demokratie“ nicht nach Behandlung im Parlament in der Form eines Gesetzes, sondern einfach durch ein Dekret der Regierung bestimmt. In derselben Zeit hat die Regierung den Prozeß zur Auflösung der unitären Gewerkschaften angeordnet. In derselben Zeit wurden im Ministerium schon geheime Vorbereitungen dazu getroffen, daß der „Wohnungsnot“ des Generals Averescu durch ein spezielles Gesetz über den Ankauf seines Hauses für sieben Millionen abgeholfen wird. Die Regierung konnte sich diese Schweinereien erlauben, denn die patriotischen „Verdienste“ verdeckten ihre Niedertracht: sofort nach der Abstimmung des Gesetzes gegen die Mieter im Senat (5. April) konnte der Ministerpräsident Averescu, um der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, pathetisch den telegraphischen Bericht des rumänischen Gesandten in Rom vorlesen, daß der italienische Senat das Uebereinkommen über Bessarabien ratifiziert habe.

Ueber die nationale Politik in Rumänien während der letzten sechs Monate, über die Lage und Stimmung der Arbeiter, Bauern und städtischen Mittelschichten, über die Erscheinungen der Arbeiterbewegung soll in einem zweiten Artikel berichtet werden.

Man kann sich schwer vorstellen, wie in Rumänien ein Arbeiter lebt. Es herrscht große Arbeitslosigkeit. Ueber Arbeiterentlassungen in der Petroleumindustrie wurde schon geschrieben. Im ganzen sind von den 60 000 in der Petroleumindustrie beschäftigten Arbeitern mehr als 20 000 arbeitslos.

Allein in den früher ungarischen Städten Siebenbürgens, insbesondere Temesvar und Cluj, zählte man im Februar 32 000 Arbeitslose. In der bürgerlichen Presse wurde die Gesamtzahl der arbeitslosen industriellen Arbeiter mit mehr als 100 000 angegeben. Offizielles Material über die Lage der Arbeiter wird absichtlich nicht herausgegeben. Eine ganz seltene Ausnahme war der Bericht, welchen — wenn auch sehr verspätet — im April das Arbeitsministerium veröffentlichte über die Ergebnisse der im Jahre 1925 im ganzen Lande vorgenommenen Inspektionen. Die Untersuchung hat sich auf 6019 Unternehmungen mit 179 986 Angestellten erstreckt. Wir zitieren aus diesem offiziellen Bericht einige Stellen:

„Die großen Betriebe zahlen in der Regel geringere Löhne als die kleineren. Ein unqualifizierter Arbeiter hat kaum 500 Lei Wochenlohn, ja es gibt Kategorien, die einen Wochenlohn von 468 Lei haben. Ein qualifizierter Arbeiter hat im Durchschnitt 700 Lei und der höchste Lohn ist 1104 Lei.“ „Im allgemeinen sind die Betriebe in ungesunden Räumlichkeiten untergebracht, ohne Luft, mit spärlicher natürlicher Beleuchtung und einer unerträglichen Temperatur. Es gibt Werkstätten, wo während des ganzen Winters nicht ein einzimal geheizt und nicht gelüftet wurde, damit nicht die kalte Luft von draußen hereinströme.“ „Die Schuhmacherlehrlinge arbeiten 12 bis 13 Stunden ohne eine Pause den ganzen Tag durch. Sie schlafen meistens in den Werkstätten auf den Arbeitstischen. Auch ihre Behandlung und ihre Erziehung lassen sehr viel zu wünschen übrig.“ „Die Textilindustrie beschäftigt fast ausschließlich billige jugendliche und weibliche Arbeitskraft. 30 bis 40 Arbeiterinnen sind wie Heringe in einem ungenügenden Arbeitsraum eingepreßt. Es herrscht regelmäßige Sonntagsarbeit. Die Arbeiterinnen werden in einer patriarchalischen Weise von einem „väterlichen Zuchtmeister“ für die Fabrik gemietet und bei der Arbeit kontrolliert. Die Tageslöhne in der Textilproduktion bewegen sich von 30 bis 40 Lei.“

Am 2. März versprach die Regierung, die Krankenkassenwahlen durchführen zu lassen. In den wichtigsten Krankenkassen wurden diese Wahlen schon seit 1914 nicht durchgeführt. Die Arbeiterautonomie der Krankenkassen ist in Wirklichkeit vernichtet, aus den Instituten für die Arbeiter sind diese Anstalten zu Sinekuren für die Günstlinge der Bourgeoisie geworden. Die Regierung Averescu legte im März dem Parlament drei „sozialpolitische“ Gesetze über die Errichtung der Arbeitsinspektorate, Arbeitskammern und eines obersten Arbeitsrates vor. Praktisch haben diese Gesetze vom Arbeiterstandpunkt keinen Sinn, was schon aus dem Umstand klar hervorgeht, daß die Arbeiter keinen Einfluß auf die Bestimmung der Arbeitsinspektoren haben und daß die Leitung der sogenannten Arbeitskammern paritätisch sein soll. Die Staatsangestellten und Beamten sind in ständiger Erregung, weil die Regierung das Versprechen gebrochen hat, ihre Gehälter zu regulieren. Die Regierung ist nicht einmal imstande, die Polizeiangestellten rechtzeitig zu bezahlen. So haben z. B. die Polizisten in Czernowitz noch am 20. Januar nicht das Geld bekommen, das sie am Anfang des Monats bekommen sollten. Direkt verzweifelt ist die Lage der Pensionisten. Unter den Handwerkern und den kleinen Kaufleuten herrscht große Unzufriedenheit wegen der Steuern und der Miete. Der hohe Zinsfuß macht für die Handwerker und kleinen Kaufleute Kredit unzugänglich, sie können kein Material ankaufen. Nach der Annahme des Mietgesetzes wurde in Bukarest die Miete für eine kleine Werkstatt, für die bis jetzt 1000 Lei bezahlt wurden, sofort bis auf 8000 Lei erhöht. Die Handwerker, die diese Erhöhung nicht bezahlen können, werden gekündigt, an Stelle ihrer Werkstätte werden Nachtlokale und Bars errichtet.

Ueberhaupt breitet sich in den größeren Städten neben der äußersten Not der arbeitenden Bevölkerung ein kecker Luxus aus. Kaffeehäuser und Bälle sind überfüllt, die faulen Frauen der Bourgeoisie provozieren auf der Straße mit teuren, exzentrischen Toiletten die hungernden, arbeitslosen Arbeiter. Rapide wächst die Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit der kleinen Leute. Während des Jahres 1925 wurden bei dem Gericht in Bukarest 28 150 nicht bezahlte Wechsel protestiert, 1926 63 440, am 2. Januar 1927, also an einem Tage, 5000. Rumänien war trotz des sehr fruchtbaren Bodens immer ein Land des größten Elends der arbeitenden Bauern. Am 10. Mai hat die rumänische Bourgeoisie das Jubiläum der Gründung des „nationalen“ Staates gefeiert, am 12. März hat aber der rumänische Bauer einen anderen Jahrestag gehabt, das Jubiläum der großen Bauernunruhen aus dem Jahre 1907. Der verstorbene Führer der rumänischen Arbeiterbewegung, Genosse Dobrogeanu-Gherea, hinterließ uns die hinreißende Schilderung, wie die Bauern in der Moldau sich damals gegen ihr unbegrenztes Elend erhoben. Auch damals war die Regierung der Liberalen Partei am Ruder, ihr Kriegsminister aber war niemand anders, als derselbe General Averescu, den eben jetzt die Liberalen in den Wahlen geschlagen haben. Dieselbe nationale, demokratische Bourgeoisie, die heute mit weißem Terror die revolutionären Arbeiter verfolgt, hatte damals 11 000 Bauern ermordet, um den Bauernaufstand niederzuschlagen. Schon diese Traditionen zeigen, daß der Boden der rumänischen Bauernschaft nicht unzugänglich ist für die revolutionäre Zusammenarbeit, für die Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern. Heute lebt der rumänische arbeitende Bauer, besonders in den eroberten Gebieten, in Bessarabien, in der Dobrudscha und an der ukrainischen Grenze Bukowinas nicht freier und nicht besser als vor zwanzig Jahren. Die volle Hälfte Rumäniens schmachtet unter dem Kriegszustande, der dem Dorfbewohner die letzten Reste der politischen Rechte nahm. In einigen Gebieten herrscht der Kriegszustand ununterbrochen schon seit 13 Jahren. Die Schwankung der Valuta liefert den Bauer dem Spekulant aus, ihre Steigerung macht den Export des Getreides unmöglich, und macht die Last der Schulden und der in der Deflationszeit bestimmten Steuern wie auch die Zahlungen der für die Bodenreform festgesetzten Entschädigung drückender. Es wird jetzt weniger Boden landwirtschaftlich bearbeitet als vor dem Kriege. Die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte ist gesunken. Die Benutzung der Eisenbahn kann sich der arbeitende Bauer wegen der Höhe der Tarife nicht erlauben. Vor allem verkehren die Züge nach Bessarabien wegen der Armut des dortigen Bauerntums sehr oft ohne Reisende. Die Stimmung in den Dörfern, besonders in Bessarabien, in der Dobrudscha und in den ukrainischen Bezirken der Bukowina erinnert in mancher Hinsicht an jene Stimmung, aus der heraus vor 20 Jahren die großen Bauernunruhen entstanden sind. Zu ihrer Charakterisierung zitiere ich beispielweise drei typische Fälle aus der bürgerlichen Presse der letzten Zeit: Die Bewohner der Gemeinde Movilita bei Panzin waren schon längere Zeit durch die unerträglich hohen Bemessungen der Steuerkommission höchst aufgeregt. Ende März drangen ungefähr 40 Bauern in den Saal des Rathauses, wo die Kommission amtierte, und verprügelten die Mitglieder der Kommission. Später kam eine Gendarmeriekompanie ins Dorf und überantwortete mehrere Bauern dem Gericht. In der Gemeinde Parlita am Flusse Prut in Bessarabien kam es am Abend des zweiten

Ostertages zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Gendarmerie. Die Bauern haben die Gendarmen entwaffnet und verprügelt. Es kam eine neue Abteilung der Gendarmerie und feuerte mehrere Schüsse in die Menge der Dorfbewohner. Zwei Frauen wurden getötet und einige Bauern schwer verletzt. In der Gemeinde Gavrodin, 10 Kilometer von Alexandria, Bezirk Teleorman, kam es im Mai zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen. Die Bauern erhoben Anspruch auf das Gut des Großgrundbesitzers Capra. Sie behaupteten, dieses Gut sei enteignet worden und hätte unter sie verteilt werden sollen. Da ihre Forderung nicht erfüllt wurde, drangen sie in das Gut ein und setzten sich in den Besitz desselben. Ins Dorf wurden 90 Gendarmen unter dem Kommando des Hauptmanns Lupascu geschickt mit dem Auftrage, die Bauern vom Gute zu entfernen. Als der Hauptmann die Bauern aufforderte, das Gut zu verlassen, stürzten sich diese mit Knüppeln, Sensen und Aexten auf die Gendarmen. Die Gendarmen feuerten in die Menge, zwei Bauern wurden getötet, 16 schwer verletzt. Daß die in Rumänien herrschende Klasse, die die Bauern so aussaugt und unterdrückt, das benachbarte Land der Sowjets haßt, ist mehr als begreiflich. Aber ebenso klar ist, daß bei solchen Stimmungen der Bauernschaft und gleichzeitig bei der Verzweiflung der hungernden Arbeiter die rumänische Bourgeoisie einen für sie selbst sehr gefährlichen Schritt tun würde, wenn sie sich im Interesse der englischen Kapitalisten in das Kriegsabenteuer einlassen sollte.

Wir wollen hier noch eine Reihe der charakteristischsten Tatsachen aus den letzten sechs Monaten anführen, die mit der nationalen Frage in Rumänien in Zusammenhang stehen. Die nationale Frage wird eine immer größere Sorge für die rumänische Bourgeoisie. Durch ihre Zustimmung zur Bildung „Großrumäniens“, zur Einverleibung von fast fünf Millionen Ukrainern, Ungarn, Bulgaren und Deutschen, zur Einverleibung von Bessarabien und der Dobrudscha unter die rumänische Fremdherrschaft, haben die Entente-Großstaaten Rumänien ein Danaergeschenk gemacht. Die herrschende Bourgeoisie muß, will sie die starken nationalen Minderheiten in ihrem Staatsgebiet halten, mit allen Mitteln der Gewalt vorgehen. Sie muß sich auf die befreundeten Großmächte stützen, sie muß reaktionäre Gesetze und ein reaktionäres Regime durchführen, die dann selbstverständlich nicht nur die Angehörigen der Minderheitsnationen, sondern auch das Volk der „eigenen“ Nation unterdrücken. Sie muß mit großem finanziellen Aufwand eine zahlreiche Gendarmerie und eine große Armee erhalten. Das aber war eben der Zweck, den die kapitalistischen Großmächte der Entente bei der Schaffung aller kleinen und mittleren Staaten und bei der unnötigen Einverleibung der Minoritätsnationen in diesen Staaten verfolgte. Bei solcher Konzeption müssen diese Staaten reaktionär sein, wenn sie sich halten wollen, sie müssen abhängig sein, sie müssen das unverhältnismäßig große Heer aushalten, welches sie in Friedenszeiten zum Schutze ihres Staates gegen die Befreiungsbestrebungen „ihrer“ Minderheitsnationen brauchten, welches aber jetzt bereit steht, für fremde Interessen zu kämpfen: wenn nämlich England, Frankreich oder Italien Krieg führen werden. Deshalb war das Weltgroßkapital in Versailles so freigebig, nicht nur gegenüber der rumänischen, sondern auch gegenüber der polnischen, tschechischen und jugoslawischen Bourgeoisie. Aber in der rumänischen politischen Praxis sehen wir, daß die

Ebene der nationalen Unterdrückung eine schiefe ist. Sobald man einmal mit der Unterdrückung ganzer nationaler Gruppen beginnt, kann man sie nicht mehr einstellen und ruft unvermeidlich immer gefährlichere und gefährlichere Spannungen in der Masse der Bevölkerung hervor. Während des letzten halben Jahres wurden unter anderem folgende Provokationen an den Minderheitsnationen begangen: da der Kriegszustand, der in den Gebieten der nationalen Minderheiten seit 1918 niemals aufgehört hat, noch nicht genügt, hat am 11. Januar die Regierung Averescu den General Rasacnu zum Generalkommissar für Bessarabien und die Bukowina ernannt. Ihm wurden durch einen Beschluß des Ministerrates „die weitestgehenden Vollmachten hinsichtlich sämtlicher Zweige des öffentlichen Lebens erteilt“, sämtliche militärischen und zivilen Dienststellen wurden ihm unterstellt, die Verwaltung wurde dadurch militarisiert. Dieser Zustand dauerte ein halbes Jahr, die neue Regierung Bratianu hat ihn aus agitatorischen Motiven am 12. Juni, vor den Wahlen, abgeschafft, in Wirklichkeit aber besteht er weiter. Anfang Mai wurde in Rumänien die staatliche Volkszählung durchgeführt. Seinerzeit hatte jener Teil der Rumänen, der im früheren Ungarn unterdrückt wurde, einen leidenschaftlichen Kampf dafür geführt, daß er sich bei der Volkszählung auf Grund seiner Muttersprache frei zu seiner Nationalität bekennen könne. Jetzt wurde in Rumänien aus den Bogen der anfangs Mai durchgeführten Volkszählung die Rubrik „Nationalität“ abgeschafft und durch die Rubrik „volkliche Abstammung“ ersetzt. Die nationale Zugehörigkeit soll nicht auf Grund des persönlichen Bekenntnisses bestimmt werden, sondern es soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Behörde durch Ueberprüfung der Tatsachen selbst diese bestimme. Der Unterstaatssekretär für Inneres hat diese Maßnahme folgendermaßen motiviert: in den angeschlossenen Gebieten haben wir eine Menge von Rumänen, welche keine rumänischen Namen mehr haben, welche nicht rumänisch sprechen, die aber ihrer Abstammung nach Rumänen sind. Darum wurde die Rubrik „volkliche Abstammung“ eingeführt. Im Banat leben seit einigen Jahrhunderten Deutsche, von denen viele französisch klingende Namen haben. Diese wurden bei der Volkszählung durch die Behörden einiger Gemeinden einfach als Franzosen bezeichnet, obzwar sie in ihrem Leben niemals ein einziges französisches Wort gehört haben.

Ungleich werden die Minoritäten, besonders die Bauern Bessarabiens, bei der Durchführung des Gesetzes über die Agrarreform behandelt; ihre Gebiete werden durch rumänische Gutsbesitzer kolonisiert. Die Frage der „Romanisierung der Städte“ ist ein wichtiger Punkt des Aktionsprogramms aller bürgerlichen Parteien und Regierungen. In den Städten, die nicht vollkommen rumänisch sind, wird die Entwicklung der Industrie, des Handels, der Verkehrsverbindungen gehemmt, öffentliche Lokale werden nur denjenigen bewilligt, die sich für Rumänien erklären. Am 8. Februar wurde eine Regierungsverordnung herausgegeben, wonach kein Beamter im Eisenbahndienst anders als rumänisch sprechen darf. Der Unterstaatssekretär im Verkehrsministerium hat dabei ausdrücklich angeordnet, man möge bei diesen Prüfungen streng vorgehen. Es wurde ein Verzeichnis sämtlicher den Minoritätsnationen angehörenden Angestellten verfertigt als Drohung, daß alle „unnützen Elemente“ aus dem Bahndienst ausgeschieden werden. Wenn jemand im Gebiete der nationalen Minderheiten nicht rumänisch sprechen

kann und sich eine Eisenbahnfahrkarte kaufen will, dann soll er sich einen Dolmetscher mitbringen. Die ungarischen und ukrainischen Eisenbahnangestellten müssen eine besondere Prüfung der Kenntnisse der rumänischen Sprache ablegen. Wer diese Prüfung nicht besteht, wird entlassen. Der Paragraph 8 des von der Regierung der liberalen Partei beschlossenen Volksschulgesetzes hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürger rumänischer Abstammung, welche ihre Muttersprache vergessen haben, sind verpflichtet, ihre Kinder nur an den öffentlichen oder Privatschulen mit rumänischer Unterrichtssprache unterrichten zu lassen.“

Die nicht rumänischen, besonders die ukrainischen Schulen werden geschlossen, die Kämpfer für dieselben in den Kerker geworfen. Als am 10. März die „Festsitzungen“ der Kammer und des Senats anlässlich der Ratifizierung des Bessarabischen Vertrages durch Italien stattfanden, wurden alle Abgeordneten-Klubs, auch die nichtrumänischen, einfach *gezwungen*, eine „begeisterte“ Erklärung vorzulesen. Die sechs jüdischen Deputierten mußten sich am nächsten Tag, am 11. März, öffentlich deswegen entschuldigen, daß sie erst nachträglich mit einer süßsauren Erklärung kamen, und zwar entschuldigten sie sich damit, daß sie keine einheitliche Partei bilden und bei anderen Gelegenheiten nicht als Klub angesehen werden. Hunderttausenden Einwohnern, die in den annektierten Gebieten seit Jahrzehnten wohnen, wird das Staatsbürgerrecht trotz der Bestimmung des Friedensvertrages und trotz des Fundamentalgesetzes vom September 1920 nicht zuerkannt, damit sie in Falle einer politischen Betätigung im oppositionellen Sinne jederzeit ausgewiesen werden können. Die Pressezensur in den Gebieten der nationalen Minderheiten ist besonders streng. Es sind Fälle bekanntgeworden, daß die Zeitungen aus der Hauptstadt nach ihrer Ankunft an der Bahn aufgehalten werden und nicht verbreitet werden durften. Jeder politisch aktive Ukrainer wird als verdächtig, als Iredentist, als Bolschewik verfolgt. Aus nationalistischen Gründen werden selbst ganz formelle, inhaltlich bedeutungslose sozialpolitische Maßnahmen bekämpft. Das war z. B. der Fall, als in der Kammer die Frage der Organisierung der Arbeiterinspektorate besprochen wurde, die auf den Normen des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes beruht, also den Kapitalisten gar nicht schädlich ist. Dabei trat der Führer der faschistischen „Christlichen Liga“, Abgeordneter Cuza, mit folgender Begründung gegen die Inspektorate auf:

„Die Vorlage hat einen internationalen Charakter und trägt daher der Souveränität unseres Staates nicht Rechnung. Aus nationalen Gründen ist für Rumänien auch der Achtstundentag nicht angebracht.“

Es ist nicht ohne Interesse, daß in derselben Rede der rumänische Faschist gleichzeitig seine „große Hochachtung“ dem Sozialverräter Albert Thomas gegenüber zum Ausdruck brachte. Zu der nationalen Politik der rumänischen Bourgeoisie gehört auch die plumpe antisemitische Hetze. Auf der Universität und auf der Handelsschule in Bukarest wurden die jüdischen Studenten während der letzten Monate einige Male von der nationalfaschistischen Jugend der Bourgeoisie brutal mißhandelt. Wiederholt kamen pogromistische antisemitische Unruhen in Jassy, Kischinew und anderen Orten vor. Internationales Aufsehen erregte der am 18. Februar in Kinpolung stattgefundene Prozeß gegen den faschistischen Studenten Totu. Dieser hat

am 10. November einen jüdischen Gymnasialstudenten auf dem Korridor im Justizgebäude vor den Augen der Richter und Polizisten erschossen. Er erklärte, daß er das aus „nationalen“ Motiven getan habe. Er wurde von den bürgerlichen Blättern als „Nationalheld“ gefeiert und dann vom Gericht (ähnlich wie die faschistischen Mörder an Worowski in der Schweiz und kürzlich die drei faschistischen Mörder der zwei Arbeiter in Wien) vollkommen freigesprochen. Wenn aber die Regierung bei den jüdischen Großkapitalisten im Ausland Anleihen aufzunehmen sucht, so sagt sie sich feierlich vom Antisemitismus los. Ein in dieser Hinsicht charakteristisches Interview hat der Minister des Innern, Goga, Mitte Januar im „Neuen Wiener Journal“ veröffentlicht. Er schrieb:

„Die Ablehnung des Bolschewismus durch Rumänien bildet einen Wall, an dem die Angriffslust des Leninismus erfolglos abprallen muß.“

Dann folgte die Absage an den Antisemitismus und eine ausgestreckte Hand: „Welche von den jüdischen Großbanken will diesen ‚Wall‘ bezahlen?“ Der Antisemitismus, der früher in Rumänien einen antikapitalistisch eingestellten kleinbürgerlichen Charakter hatte, hat mit der Aenderung der politischen und wirtschaftlichen Lage ebenfalls sein Wesen geändert. Er tritt als eine bewußte faschistische Strömung auf, die die Lakeiendienste der reaktionärsten Großbourgeoisie besorgt.

Zur Begründung ihrer jetzigen nationalen Unterdrückungspolitik muß die rumänische Bourgeoisie eine ganz neue Ideologie herausbilden. Sie selbst war aufgewachsen in einer Zeit, wo die rumänischen Minoritäten in Ungarn und in der Türkei hart unterdrückt wurden. Sie hat darum ihre Klassenziele mit pathetischen Phrasen über nationale Befreiung und Selbstbestimmungsrecht gedeckt. Zwei konkrete Beispiele dafür, wie sie jetzt argumentiert. Der bekannte nationalistische Historiker Jorga hat anlässlich des Halbjahrhundertfestes des Königreichs Rumänien in französischer Sprache ein Buch „La Romaine en images“ herausgegeben. Hier verteidigt er die jetzige nationale Politik der rumänischen Bourgeoisie mit den Behauptungen, daß das heutige Rumänien „Erbe der Rechte der römischen Kaiser“, „legitimer Nachfolger der Orientresaren sei“, daß es als Gegensatz zu den benachbarten „Barbarenstaaten“ entstanden sei.

„Es gibt auf dem Balkan überhaupt kein politisches Leben und keine nationale Zivilisation, deren erste Schritte nicht über die rumänische Donau geführt hätten.“

Von dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung, das in der Vergangenheit der Mantel ihres Klassenkampfes gegen die fremde feudale Unterdrückung in Ungarn und in der Türkei war, will die rumänische Bourgeoisie heute nichts hören. „Nationale Staaten gibt es nur noch wenige in Europa, nur Portugal und Holland.“ So begründete der liberale Senator Graditeanu am 5. April im Senat die Interpellation über die nationale Politik, Rumänien muß nach ihm wegen der Mehrheit des Staatsvolkes als ein Nationalstaat behandelt werden, und zwar nach folgenden Prinzipien: Stärkung des rumänischen Elementes im Inlande, Unterstützung des im Auslande in geschlossenen Massen lebenden Rumänentums, Begünstigung der Auswanderung der volksfremden Elemente, Romanisierung der Städte zur Wiedergutmachung des historischen Unrechtes, systematische Kolonisierung in den Grenzgebieten durch Heranziehung von Auslandsrumänen. Auch die Sozial-

demokraten, die im ungarischen und deutschen Gebiet stark agitieren, gehen von dem Standpunkt aus, daß den Minderheitsnationen zwar bestimmte Teilergebnisse im Sinne der kulturellen Autonomie gemacht werden sollten, daß sie sich aber dem „Rhythmus des Staates“ anpassen müßten.

Auch diese Tatsachen aus dem Gebiete der nationalen Politik in Rumänien bestätigen voll die Richtigkeit der entsprechenden Beschlüsse der rumänischen Resolution.

Das Bild des täglichen politischen Lebens Rumäniens, das wir durch die Wiedergabe einzelner Erscheinungen charakterisieren wollten, ist selbstverständlich bei weitem nicht vollkommen. Das Angeführte soll nur als Beispiel dienen. Doch schon in diesem Rahmen kann man daraus ersehen, daß es in Rumänien brennende aktuelle Tagesfragen gibt, wo die Arbeit der Kommunistischen Partei Rumäniens mit Erfolg einsetzen kann. Bei der besonderen Bedeutung, die Rumänien nach dem Plane des Weltkapitalismus in dem nächsten konterrevolutionären Kriege zukommen soll, muß die Partei jetzt ernst prüfen, ob sie alle für die kommunistische Bewegung günstigen Bedingungen auch wirklich voll ausgenützt hat, und wo nicht, muß sie alle Kräfte aufbieten, um das Versäumte nachzuholen.

P. S. Eben als diese Zeilen geschrieben waren, kam die Nachricht, daß der rumänische König gestorben ist. In den speziellen Verhältnissen Rumäniens, wo die Ueberreste des Feudalismus mit den Interessen des neuen Kapitalismus auf eigenartige Weise verflochten sind, spielt die dynastische Frage eine bestimmte Rolle. Wie bekannt, ist dort die Thronfolgefrage akut. Um die Person des abgesetzten und emigrierten Thronfolgers gruppieren sich die mit der liberalen Oligarchie unzufriedenen faschistischen Elemente. In dieser Situation muß die Partei in die Zukunft sehen, sie muß sich darüber klar sein, daß die kleinbürgerlichen Schichten, zu denen auch die Sozialdemokraten gehören, nicht imstande sind, eine selbständige Rolle zu spielen, und daß der Kampf sowohl gegen das Regime der Liberalen Partei, wie auch gegen alle möglichen faschistischen Versuche nur unter der Führung der Arbeiterklasse möglich ist. Das Bewußtsein ihrer führenden Rolle in der rumänischen Arbeiterklasse zu wecken und zu entwickeln, als Vorbedingung zur Durchführung dieser Aufgabe die Kommunistische Partei zu stärken, durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik, durch richtige Anknüpfung an die politischen und wirtschaftlichen Tagesforderungen der arbeitenden Masse und durch die Verbindung dieser Teilforderungen mit der revolutionären Perspektive alle arbeitenden und unterdrückten Schichten aus dem Einflusse der regierenden und auch der die Regierung erst erstrebenden bürgerlichen Parteien zu befreien — diese Aufgabe, die der Partei durch die rumänische Resolution im vorigen Jahre gestellt wurde, gewinnt jetzt doppelte Bedeutung.

ALGO: ZUM WELTKONGRESS DER GENOSSENSCHAFTEN

Die politische Bedeutung des 12. Internationalen Genossenschaftskongresses, der am 15. August in Stockholm stattfindet, liegt in der Tatsache, daß sich die verschiedensten politischen Gruppierungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung auf der Kongreßtribüne gegenüberstehen werden. Bekanntlich ist die Genossenschafts-Internationale die einzige große internationale Organisation, die ungespalten ist und in der auf dem rechten Flügel die reaktionärsten Elemente der II. Internationale und der Amsterdamer, zusammen mit bürgerlichen Elementen stehen, während der linke Flügel eine klare kommunistische Führung hat. Wenn die Genossenschafts-Internationale eine demokratische Führung hätte, würde in Stockholm eine starke Fraktion kommunistischer Genossenschaftler außer aus den einzelnen Republiken der Sowjetunion, auch aus der Tschechoslowakei, Deutschland und Frankreich sowie einzelne Delegierte aus England und fast sämtlichen übrigen Ländern vertreten sein. Bei den Delegationsvorbereitungen wurden jedoch nach allgemeiner Direktive, soweit es in der Macht der Genossenschaftsinstanzen lag, keine Kommunisten delegiert. So haben die Genossenschaftsverbände von Deutschland und Frankreich, kraft eigener Machtvollkommenheit kategorisch die Delegation von kommunistischen Genossen verweigert, während man in England sorgfältig die Delegation siebt, damit keine Kommunisten darin enthalten sind. Nur aus der Tschechoslowakei, aus Amerika und vielleicht einigen kleineren Ländern wird es der kommunistischen Opposition gelingen, an der offiziellen Delegation teilzunehmen. Aus der Sowjetunion ist mit 60 bis 70 Delegierten zu rechnen. Auf dem ganzen Kongreß werden etwa 700 Delegierte aus 34 Ländern 100 000 primäre Konsumgenossenschaften mit annähernd 50 Millionen Mitgliedern vertreten.

Der Weltkongreß der Genossenschaften wird eine Reihe ernster Probleme zu behandeln haben. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre, seit dem letzten Weltkongreß in Genf 1924 haben in die bisher politisch tote Genossenschaftsbewegung verschiedene Stürme gebracht, die die sonst so ruhigen Wasser mehrfach wild aufpeitschten. Der Stabilisierungsprozeß des Kapitalismus vollzog und vollzieht sich auf Kosten der breiten Massen in Stadt und Land. Die Millionen Arbeiter und Bauern, die in den Genossenschaften organisiert sind, stellen deshalb immer dringender die Frage, in welcher Weise ihnen ihre Genossenschaftsorganisation hilft gegen die Teuerung, den Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die Arbeitslosigkeit, die verschärfte Ausbeutung durch die kapitalistische Rationalisierung, den Abbau sozialer Errungenschaften und ähnliches mehr. Ueberall, wo sich Arbeiterschichten zum Abwehrkampf gegen den Angriff des Kapitals rüsten, fragen sie danach, auf welche Weise und mit welchen Mitteln ihre Genossenschaften die Gewerkschaften unterstützen, die Einheitsfront des Proletariats fördern und bei Streiks, Aussperrungen und Ar-

beitslosigkeit praktisch eingreifen. Wo es zu großen allgemeinen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit kommt, steht die Frage, auf welche Weise sich die Genossenschaft als eine Waffe im Klassenkampf bewährt. Wo der Faschismus vorstößt und die Arbeiterorganisationen zerstört, — welches ist die Rolle der Genossenschaften im Abwehrkampf? In einer Zeit, wo der Imperialismus ununterbrochen Kolonialkriege führt, die chinesische Revolution niederschlägt und England die Sowjetunion einkreist, um die erste Arbeiter- und Bauernrepublik und den Aufbau des Sozialismus zu zerstören, ist die Frage aktuell, inwieweit die ganze breite internationale Massenorganisation der Genossenschaften mit einem organisatorischen, technischen und finanziellen Apparat, wie er einzig dasteht unter allen Arbeiterorganisationen, zu einer Waffe der Verteidigung gemacht werden kann. Im Moment der akuten Kriegsgefahr steht die Frage, ob die Genossenschafts-Internationale tatsächlich Kraft und Mittel hat, am entscheidenden Kampf gegen den imperialistischen Krieg aktiven Anteil zu haben.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze, der scharfe Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Bauern, die drohende Kriegsgefahr stellen im Rahmen der internationalen Genossenschaftsbewegung erst die Lebensfrage, auf welcher Seite des Kampfes die Genossenschaften stehen. Auf der Seite der Bourgeoisie oder auf der Seite der Arbeiterklasse? Das ist die Frage, auf die für die Zukunft der internationalen Genossenschaftsbewegung alles ankommt.

Erfüllt die Genossenschaftsbewegung ihre Aufgaben im Rahmen der heutigen Arbeiterbewegung? Keineswegs! Im Gegenteil. Unser Gesamturteil lautet, daß die klassenkampffeindlich eingestellten Genossenschaftsführer die ganze Bewegung so beherrschen, daß sie sie ununterbrochen ausnutzen konnten gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Setzen wir uns ganz sachlich darüber auseinander an Hand der drei wichtigsten Fragen, die heute die internationale Arbeiterbewegung beherrschen: 1. des Kampfes zur Erhöhung des Lebensstandards, 2. der Einheitsfront des Proletariats und der Unterstützung der Arbeiterkämpfe, 3. des Kampfes gegen Faschismus, Kolonialkrieg und imperialistische Kriegsgefahr.

Die ureigene Aufgabe der Konsumgenossenschaften ist der Kampf um Erhöhung der Lebenshaltung durch Verminderung der Preise. Es liegt auf der Hand, daß angesichts der gegenwärtigen Kapitalkonzentration, des Preisdikтата durch die Trusts und Kartelle, die Genossenschaften mit einem geschäftlichen Konkurrenzkampf, mit kleinen Pfennig- und Dividendenvorteilen der Arbeiterklasse keine großen Dienste leisten können. Der Kampf um billigere Preise und um Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterschaft muß heute in erster Linie nicht gegen den Krämer und Kleinhändler geführt werden, sondern gegen die großen Mächte des kapitalistischen Systems, gegen die Trusts, die Kartelle, das Bankkapital, die den Markt beherrschen. Er muß geführt werden gegen die Steuer- und Zollpolitik der kapitalistischen Regierungen, die maßlos die Lebensmittel verteuern. Kurzum, es ist ein Kampf gegen das kapitalistische Regime überhaupt. Mit Reformen ist absolut nichts zu erreichen. Die Genossenschaftsbewegung kann also heute ihre ureigene Aufgabe nur erfüllen, wenn sie ihren Kampf um billigere Preise als organisierten proletarischen Klassenkampf

gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen proletarischen Klassenorganisationen führt. Diese Konsequenz ergibt sich eindeutig. Nicht das Genossenschaftsgeschäft an sich ist Selbstzweck und Ziel — wie viele Genossenschaftsführer vermeinen —, sondern die Klassenfunktion im Interesse der proletarischen Massen, die sich die Genossenschaften geschaffen haben und die sie in der Hauptsache bilden. Die genossenschaftliche Armee als schlagkräftige Massenorganisation, die im Dienste der Arbeiterklasse steht und sich vollständig in den proletarischen Klassenkampf eingliedert, das ist die proletarische Forderung an die Genossenschaftspolitik.

Es liegt auf der Hand, daß die Genossenschaftsbewegung diese ihre Aufgabe nicht erfüllt. Die heutige Führung wehrt sich erbittert dagegen, solche Fragen überhaupt in der Diskussion aufzuwerfen. Wir sahen zwar auf den diesjährigen nationalen Kongressen die Frage der Teuerung, der Preisdiktatur der Kartelle, der Zölle und Steuern, fast in allen Ländern auf der Tagesordnung stehen, aber in keinem Falle ist man zu klaren Kampfbeschlüssen, gemeinsam mit den übrigen Klassenorganisationen gekommen, sondern alles wurde auf die Empfehlung reformistischer Palliativmittel abgelenkt. Die heutige Genossenschaftsführung sperrt sich dagegen, aktiv teilzunehmen an dem Abwehrkampf gegen den Angriff des Kapitals und die Preisdiktatur des Monopolkapitals. Sie hat sich geweigert, sogar bei allgemeinen Meetings, Protestdemonstrationen usw. gegen die Steuern und Zölle mitzumachen und sich stets darauf beschränkt, Bittgänge und Anträge an Ministerien zu stellen und im übrigen eine reine Geschäftstätigkeit zu entwickeln, ohne die Kraft der Massenorganisationen überhaupt zu verwenden.

Zu demselben Ergebnis kommen wir bei der Frage der Herstellung eines Kartellverhältnisses und Kampfbündnisses mit den Gewerkschaften. Auch hier liegt es auf der Hand, daß die Klassenkraft des Proletariats gestärkt wird, wenn diese beiden Bruderorganisationen gemeinsam für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen. Die reaktionären Elemente in der Genossenschaftsbewegung fürchten dieses Kampfbündnis, und die Genossenschaftsinternationale selbst hat, trotz ihres Beschlusses in Gent vor drei Jahren, die Beziehungen zur Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau bis heute in keinem einzigen konkreten Falle aufgenommen, sondern in akuten Fällen ausdrücklich abgelehnt (Faschismus, Bergarbeiterstreik). Anstatt die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu fördern, hat das Zentralkomitee der Allianz jüngst den Beschluß gefaßt, nach Stockholm die Amsterdamer einzuladen und die gleiche Einladung gegenüber der Profintern mit 12 gegen 12 Stimmen verweigert. So wird die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung unterstrichen und gefördert, statt zur Einheit beizutragen.

Das vergangene Jahr hat den stärksten Beweis geliefert, wie unbedingt notwendig es ist, daß die Genossenschaftsbewegung sich vorbereitet, in die Arbeiterkämpfe einzugreifen: der Generalstreik in England und der Bergarbeiterstreik. Trotz mehrfacher Forderungen seitens der Bergarbeiter und früherer Erfahrungen, war kein gemeinsames Komitee von Gewerkschaften und Genossenschaften gebildet worden, um die entscheidenden Fragen der Lebensmittelversorgung und Verproviantierung der Strei-

kenden im vorhinein zu regeln. Als dann der Generalstreik ausbrach, gab es außerordentliche Mißstände, und während des Bergarbeiterstreiks war die ganze Unterstützungsaktion durch die Genossenschaften ungenügend organisiert. Die genossenschaftlichen Zentralinstanzen wehrten sich dagegen, die gesamte Genossenschaftsbewegung für die Streikhilfe zu mobilisieren und lehnten es auch kategorisch ab, sich an die internationale Genossenschaftsbewegung um solidarische Hilfe zu wenden. Erst nach sehr heftigen Diskussionen (auf dem Genossenschaftskongreß, Mai 1926, in Belfast) und nach zweimaliger Zurückweisung der Vorlage an die Kommission wurde schließlich den Instanzen der Beschluß abgerungen, einen Zentralen Genossenschaftsfonds zur Streikunterstützung zu schaffen. Im lokalen Maßstabe waren die Konsumvereine gezwungen, zum Teil starke Streikhilfe zu leisten.

Zweifelsohne ist es in der historischen englischen Bewegung durch die Zuspitzung der Klassegegensätze, da das Proletariat Englands stärker als jemals am eigenen Leib den Angriff der Unternehmer und der konservativen Regierung gegen sich verspürt und sich zugleich durch die imperialistische Raubpolitik von neuer Kriegsgefahr bedroht sieht, zu einer gewissen politischen Aktivität gekommen. Nach der Niederlage des Bergarbeiterstreiks mußte die Zentralleitung des Genossenschaftsverbandes unter dem Druck der gewerkschaftlich organisierten Genossenschaftsmitglieder noch einen Schritt weitergehen. Es wurde die Aufforderung herausgegeben, durch die Genossenschaftsorganisationen als solche, ideell, materiell und organisatorisch den Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz gemeinsam mit der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften zu führen. Auch formell ist jetzt die „Neutralität“ liquidiert durch das geschlossene Abkommen der Genossenschaften mit der Arbeiterpartei, trotz der heftigsten Kampagne der Konservativen gegen diesen Beschluß. Dieses Ergebnis der Politisierung der Genossenschaftsbewegung muß für die internationale Genossenschaftsbewegung eine wichtige Lehre sein, aus der in Stockholm die Konsequenzen zu ziehen sind.

Die ernsteste Frage, mit der man sich auf der Stockholmer Konferenz befassen wird, ist diejenige des Kampfes gegen die Weltreaktion des Faschismus und gegen den imperialistischen Krieg. Wir haben hier einen alten Programmpunkt der Genossenschaftsinternationale vor uns, denn seitdem es den Faschismus gibt, der neben den anderen Arbeiterorganisationen auch die Genossenschaften zerstört hat, hören wir fulminante Kriegserklärungen der Kongresse und der Genossenschaftsführer gegen den Faschismus. Der Kampf gegen imperialistische Kriege ist seit der Gründung der wichtigste Bestandteil im ganzen Programm. Vor dem Kriege vertraten die Genossenschaften den Standpunkt, daß ihre breite Massenbewegung bereits ein „vollkommen genügendes Bollwerk gegen den Kriegswahnsinn“ sei.

In beiden Fällen — Faschismus und Krieg — sehen wir aber, daß die in Wirklichkeit eingenommene Haltung der internationalen Genossenschaftsbewegung gerade das Gegenteil bewirkt hat. Die außerordentlich schlappe und zweideutige Haltung gegenüber dem Faschismus hat diesen ermuntert, in der hohnvollsten Weise die Proteste der Genossenschaftsinternationale zu behandeln und verstärkt sein Zerstörungswerk und die Auslieferung der Genossenschaften an die Bourgeoisie fortzusetzen. Im Welt-

krieg sahen wir die Genossenschaften sich nicht als Kriegsgegner, sondern im Gegenteil sich als äußerst willfährige Werkzeuge im Dienste des kriegsrischen Imperialismus betätigen und sich geradezu in ein Kriegswerkzeug umwandeln. Auf ihrem Kongreß 1921 in Basel hat die Genossenschafts-Internationale eine Kriegsresolution angenommen, in der sie nicht nur von dem Recht, sondern sogar von der Pflicht des Verteidigungskrieges und seiner Unterstützung spricht. Man muß also in Stockholm vollkommene Klarheit darüber herbeizuführen versuchen, erstens, ob Patriotismus und Kriegsbegeisterung schon soweit in die Reihen der Genossenschaftsbewegung eingefressen sind, daß sie überhaupt nicht mehr auf Seiten der Kriegsgegner steht, und wenn das verneint werden wird, muß man mit ganz konkreten Beschlüssen Garantien für eine kriegsgegnerische Haltung schaffen. In welcher Weise soll der Kampf gegen den Krieg, angesichts der drohenden Kriegsgefahr, der im Gang befindlichen Kolonialkriege und der Einkreisung der Sowjetunion durchgeführt werden? Was insbesondere soll geschehen im Falle eines Kriegsausbruches und eines im Gange befindlichen Krieges? Jedenfalls erweist sich in den letzten Monaten, daß die Genossenschaften passiv geblieben sind gegenüber den Kriegereignissen in China, angesichts des Abbruches der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion und auch bei den unaufhörlichen Kriegsprovokationen gegenüber der Sowjetunion. Dadurch, daß sie absolut nichts unternommen haben, leisteten sie bereits Helfersdienste für die Kriegsvorbereitungen. Wenn dann sogar auf dem deutschen Genossenschaftskongreß in Essen anläßlich der Anträge und der Diskussionsrede der Kommunisten vom Präsidenten erklärt wurde, „die Kriegsfrage steht nicht auf der Tagesordnung des Genossenschaftskongresses“, dann zeigt das, wie man den Kriegstreibern in die Hände arbeitet, indem man alle Alarmrufe in den eigenen Reihen erstickt und die Vorbereitung der Arbeiterklasse verhindert. Genau so war es in Frankreich und ähnlich in der Schweiz, wo die „zu politische“ Resolution unserer Baseler Genossen abgelehnt wurde.

Zu allen drei Hauptfragen, die wir hier erörtert haben, liegen bereits Anträge für den Kongreß vor. Sie sind in der erschienenen Kongreßagenda im Wortlaut abgedruckt. Zu den beiden ersten Fragen handelt es sich um Anträge der Sowjetgenossenschaften, die vom „Zentrosojus“ in Moskau eingebracht sind und Forderungen für das zukünftige Tätigkeitsprogramm der Genossenschafts-Internationale aufstellen und zur Frage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschafts-Internationalen Stellung nehmen. Es wird dort ausgeführt, daß sich die Genossenschafts-Internationale mit allen Fragen befassen muß, die aus der Notwendigkeit der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse hervorgehen.

„Das Programm muß die Identität der Interessen der internationalen Genossenschaftsbewegung und der allgemeinen Arbeiterbewegung unterstreichen und auf einer engen Zusammenarbeit aller politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse als auf einem Mittel zur Sicherung der Kampffähigkeit gegen die Kräfte des Kapitalismus beruhen.“

Im zweiten Antrag ist die Forderung des gemeinsamen Kampfes der gesamten Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung für die Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Massen aufgestellt. Es wird gefordert, daß die Beschlüsse von 1924 auf sofortige Aufnahme der Beziehungen der

Allianz außer mit den Amsterdamer auch mit der Profintern aufgenommen und positive Vorschläge für eine Zusammenarbeit vorbereitet werden.

Zur Frage des Kampfes gegen den Krieg liegt eine Resolution der britischen Genossenschaftsunion vor, die bereits mit Mehrheit auf dem britischen Genossenschaftskongreß dieses Jahres (Mai 1927) angenommen worden ist. Der Antrag wurde von 12 Konsumvereinen, darunter London, Manchester, Leicester und Bristol eingebracht. Der englische Kongreß forderte, daß alle Genossenschaften der Welt ihre „unbeugsame Feindschaft“ gegen jede ökonomische und militärische Politik kundtun, die einen Krieg hervorrufen kann. „Die Genossenschaftsorganisationen sollen einer Kriegserklärung und einem im Gang befindlichen Krieg absolute Widerstand entgegenzusetzen.“ Das sind die konkreten Losungen, wenn man die Resolution ihres genossenschaftsreformistischen Beiwerks und Phrasenschwails entkleidet.

Zweifellos bringt diese Resolution die Stimmung und den Willen der Arbeitermassen in der englischen Konsumvereinsbewegung zum Ausdruck. Trotz ihrer opportunistischen Verkläusulierung, indem sich der Antrag auf die traditionelle Weltfriedenspolitik der Genossenschaftsinternationale beruft und „im Interesse des ungestörten Fortschrittes ihrer Ideale“ spricht und von der „Errichtung eines genossenschaftlichen Gemeinwesens auf Brüderlichkeit“ träumt, bedeutet die englische Kriegsresolution einen Schritt heraus aus dem heillosen Sumpf des bisherigen opportunistischen Genossenschaftspazifismus. Die Auseinandersetzung innerhalb der internationalen Genossenschaftsbewegung über den Kampf gegen den Krieg hat damit eine neue Plattform erklommen, die unsere Aufmerksamkeit hervorruft.

Wir Kommunisten werfen in diese Diskussion die revolutionäre Losung gegen den imperialistischen Krieg. Auch innerhalb der Genossenschaftsbewegung muß ein unerbittlicher Kampf und die Mobilisierung der breitesten Massen gegen das System und gegen die Regierungen, die die Kriege hervorbringen und sie als ein legales Mittel zur Lösung der kapitalistischen Widersprüche benötigen, einsetzen. Wir müssen die trügerische Illusion zerstören, als ob man anders den Kampf gegen den Krieg führen könne, als allein durch den Klassenkampf gegen das kapitalistische Regime.

Die Genossenschaftsbewegung muß Schluß machen mit ihrer zweideutigen Haltung und sich einreihen in die Klassenfront des Proletariats. Die Genossenschaftsorganisationen müssen zu den Aufklärungskampagnen, Demonstrationen, den Protestmeetings, den Proteststreiks mobilisieren, sie müssen sich einreihen in die große Massenaktion zur Abwehr des kapitalistischen Angriffs, der in allen Ländern gegen das Proletariat geführt wird. Die Genossenschaften müssen nicht nur ihre Stimme erheben, sondern ihre Kraft entfalten als breiteste Massenorganisation der Welt, als organisatorischer und technischer Apparat, wie er einzig in der ganzen internationalen Arbeiterbewegung dasteht.

Die Tagesordnung des Stockholmer Kongresses selbst enthält außer

verschiedenen technischen Fragen nur einen Geschäftsbericht und zwei Referate über die „Beziehungen zwischen Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften“ und „Probleme der Genossenschaftsbewegung der Gegenwart“. Im Geschäftsbericht interessieren uns besonders die Kapitel über die kommunistische Propaganda, die Frage der Neutralität, des Programms der Allianz und die Beziehungen zu den Gewerkschaftsinternationalen. Hier wird die Gelegenheit sein, konkret zu zeigen, daß sich die internationale Genossenschaftspolitik insgesamt auf dem Wege befindet, der Genossenschaftsbewegung völlig den Kampfcharakter und den Charakter als Bestandteil der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu nehmen und sie auf reine Geschäftstätigkeit und ein Organ der Arbeitsgemeinschaft zu beschränken. Das geht am deutlichsten aus den beiden Referaten hervor, deren Text bereits vorliegt, worin diejenigen Mittel und Wege gewiesen werden, die die Genossenschaftsbewegung nicht zum Kampf, sondern zum Hineinwachsen in das kapitalistische Wirtschaftssystem führen.

Es liegt auf der Hand, daß mit der Annäherung an die Bourgeoisie zugleich eine entschiedene Bekämpfung des linken Flügels, also sowohl der kommunistischen Genossenschaftler in den einzelnen Ländern, als insbesondere auch der Sowjetgenossenschaften verbunden ist. So beobachten wir im internationalen Maßstabe ein Fortschreiten in der Kommunistenbekämpfung, wobei die „Hamburger Schule“ als Vorbild dient. In Deutschland, wo seit Jahren ein erbitterter Kampf gegen die Kommunisten geführt wird, zahlreiche aktive Funktionäre aus den Genossenschaften ausgeschlossen wurden oder bei ihrem Auftreten in Generalversammlungen und auf Kongressen entrechtet werden, wollte man in diesem Jahr ernsthaft darangehen, eine geschlossene Genossenschaftsorganisation, die unter kommunistischer Verwaltung stand, auszuschließen. Dieser Ausschlußantrag gegen Schwarzenberg wäre der Beginn der Spaltung gewesen. Gegen diese Gefahr entwickelte sich eine Protestbewegung, die auf die Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen übergriff und die Instanzen veranlaßte, einen Rückzug anzutreten, wobei sie allerdings in unerhörter Weise eine „Erklärung“ erpreßten. Vollkommen in das Fahrwasser von Hamburg ist der tschechische Genossenschaftsverband mit einem völligen Fraktionsverbot geraten. Auch Amerika beginnt diese Methode zu praktizieren. In England koalieren sich die Genossenschaftler mit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterreaktion, um schärfer gegen die Kommunisten und die Linksoption vorgehen zu können. In Frankreich fühlt sich die Genossenschaftsführung durch die kommunistische Politik vor den Massen kompromittiert und stößt schärfer gegen unsere Genossen vor. In der Allianz wird systematisch die Hetzkampagne gegen die kommunistische Bewegung fortgesetzt.

Auf dem Stockholmer Kongreß selbst sind, wie wir schon eingangs sagten, aus Deutschland und Frankreich kommunistische Minderheiten überhaupt nicht zugelassen worden, und in den übrigen Delegationen werden Kommunisten nur mit großen Schwierigkeiten Sitze erkämpfen können. In der Agenda ist ein besonderes Kapitel gegen die kommunistische Propaganda enthalten, die schon auf verschiedenen Zentralkomiteesitzungen ausführlich behandelt worden ist. Die ganze

Frage wird in engste Verbindung gebracht mit dem Kampf gegen die Sowjetgenossenschaften, wobei demagogischerweise der „Zentrosojus“ als das große internationale Hauptquartier der Kommunisten bezeichnet wird. Dabei drohen der englische und der deutsche Zentralverband ganz offen mit der **S p a l t u n g**. Die Engländer hatten seinerzeit erklärt, daß sie, wenn der Propaganda nicht Einhalt geboten werde, von einer Sprengung der Allianz nicht zurückschrecken könnten. Der deutsche Zentralverband, der vor sechs Jahren mit aller Energie die Aufnahme der Sowjetgenossenschaften in die Allianz hintertreiben wollte, hat seitdem nichts unversucht gelassen, um die „Moskowiter“ wieder herauszuwerfen. Erst ganz neuerdings in ihrem Zentralorgan „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ (Hamburg, 9. Juli 1927) schreibt eines der maßgebenden Verwaltungsmitglieder, August Kasch, im Leitartikel, daß man sich in Stockholm an die Behandlung des Uebels machen müsse, das man sich selbst durch Zulassung der Sowjetrussen aufgeladen habe.

„Die Moskowiter spannen ihre Ansprüche immer weiter und kommen wieder zur Tür herein, wenn sie vorn hinausgeworfen wurden, mit der nicht ganz unbegründeten Berechnung, daß sie doch einmal so oder so zum Ziele gelangen werden.“

Stockholm werde zu entscheiden haben. „Darüber sollten sich allerdings alle Nationen klar sein, daß es dabei um das Bestehen der Genossenschaftsinternationale in ihrem Umfange geht.“ Also offene Androhung der Sprengung. Das wurde auch auf dem Kongreß in Essen von demselben Berichterstatter ganz unzweideutig ausgesprochen. Zum formalen Anlaß nehmen die Deutschen die Tatsache, daß im Zentralkomitee beschlossen wurde, den Sowjetgenossenschaften ihre bisherigen 14 Sitze zu belassen, obwohl satzungsgemäß jedem Land höchstens 7 Sitze zustehen. Es handelt sich dabei um den sowjetistischen Antrag, die Sowjetunion als einen Bund autonomer Republiken anzuerkennen und jeder einzelnen Republik volle Gleichberechtigung zu geben. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil man einen zu großen Einfluß fürchtet, und dafür das genannte Kompromiß gutgeheißen. Auf jeden Fall steht in Stockholm mit allem Ernst die Spaltung der Genossenschaftsinternationale, provoziert von der reaktionären deutschen Genossenschaftsbürokratie, wogegen alle Energien der Mitgliedermassen aufgebotten werden müssen.

Wir sehen, daß in Stockholm eine Auseinandersetzung zwischen der linken Opposition und der offiziellen Genossenschaftsführung über eine ganze Reihe ernster, allgemeiner politischer Fragen stattfinden wird. Im Vordergrund stehen die Fragen des Massenkampfes gegen den Angriff des Kapitals, der Einheitsfront des Proletariats und der Stellungnahme zur Kriegsgefahr und zum imperialistischen Krieg selber. Die internationale Arbeiter-Oeffentlichkeit wird deshalb mit lebhaftem Interesse das Einandergegenseitertreten der Revolutionäre einerseits und der Reformisten andererseits auf der internationalen Tribüne der Genossenschaftsbewegung verfolgen. Die breiten Massen werden dadurch unmittelbar und selbständig den eminenten Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten kennen lernen und prüfen können. Und zwar auf Grund aktueller Fragen und einer praktischen Politik, über die jeder Arbeiter selber Bescheid weiß, weil sie ihn unmittelbar angehen. Aus der Haltung der einen und der anderen Seite wird jeder

die eigene Schlußfolgerung ziehen können über die Rolle, die jeder Teil in der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt spielt. In diesem lebendigen Anschauungsunterricht vor einem breiten internationalen Forum liegt die hohe politische Bedeutung, die der internationale Genossenschaftskongreß in Stockholm zweifellos für das Weltproletariat haben wird.

H. G.:

AUS DER DEUTSCHEN THEORETISCHEN GEWERKSCHAFTSPRESSE *

Der allgemeinen Charakteristik, die wir hier in den vorhergehenden Besprechungen dieser beiden Zeitschriften gegeben haben, ist hier nichts hinzuzufügen. Der Charakter und der Kreis der Probleme beider Zeitschriften ist im wesentlichen gleich geblieben. Wir können uns daher damit begnügen, eine Uebersicht über die wichtigsten behandelten Fragen zu geben.

Der Weltwirtschaftskonferenz hat „Die Arbeit“, als offizielles Organ des ADGB, den größten Teil ihres vierten Heftes gewidmet. Wilhelm Eggert, Mitglied der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz, behandelt dort die Aussichten und Möglichkeiten der Konferenz. Er anerkennt die Unmöglichkeit, Beschlüsse zu fassen und die Beschränkung der Arbeit der Konferenz ausschließlich auf Diskussion. Aber immerhin erhofft er von der Konferenz, daß sie „der Weltwirtschaft eine ruhige Aufwärtsentwicklung zu sichern versuchen wird“. Als Hauptproblem erscheint ihm die Schaffung eines Wirtschaftsamtcs, wie es von der reformistischen Delegation auf der Arbeitskonferenz wiederholt vorgeschlagen wurde. Er sagt darüber:

„Soll daher das Werk der Konferenz nicht spurlos an der Wirtschaft der Welt vorübergehen, dann muß sie die Frage lösen, in welcher Weise nach ihr die begonnenen Arbeiten fortgeführt werden sollen. Denn die Mittel zur Beseitigung der aus den Kriegs- und Nachkriegswirkungen Stück um Stück Jahre hindurch herangewachsenen Schwierigkeiten, besonders in Europa, können nur in dauernder solidarischer Zusammenarbeit der Völker errungen werden . . . Würde auf Beschluß der Weltwirtschaftskonferenz vom Völkerbund ein solches Internationales Wirtschaftsamt ins Leben gerufen, dann bliebe die Behandlung der weltwirtschaftlichen Zeit- und Streitfragen in Fluß. Den Gewerkschaften eröffnete sich dadurch ein neues weites Gebiet weltwirtschaftlichen Wirkens.“

Also nicht die Aktivität der Arbeiterorganisationen, sondern die Erlaubnis der Regierung und des Völkerbundes ist für die weltwirtschaftliche Betätigung der Gewerkschaften notwendig.

Im gleichen Geiste ist der Artikel von Hans A r o n s gehalten, der den Zollfragen gewidmet ist und die Abhaltung einer europäischen Wirtschaftskonferenz vorschlägt. In einem weiteren Artikel behandelt schließlich der Schöpfer des neuen Agrarprogramms der Sozialdemokratie, Professor B a a d e , die Stellung der Landwirtschaft auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Dieser Artikel, in dem Baade z. B. die Auffassung ausspricht, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht eine Folge der kapitalistischen Rationalisierung, sondern der Ungleichmäßigkeit der Rationalisierung in der Landwirtschaft und Industrie sei, ist die Einleitung zu einer Anzahl von Aufsätzen über das Agrarprogramm, die den Eindruck von Arbeiten aus einem Universitätsseminar machen.

* „Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, herausgegeben von Theodor Leipart, Heft 3—6, 1927.

„Gewerkschafts-Archiv“, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung, herausgegeben von Karl Zwing, Band VI, Heft 5 und 6, und Band VII, Heft 1. (Mai—Juli 1927.)

Eine Reihe anderer Wirtschaftsfragen werden vom Standpunkt der Wirtschaftsdemokratie behandelt. So schreibt Fritz Naphtali in Nr. 3 der „Arbeit“ in einem Artikel über monopolistische Unternehmungsorganisationen und Arbeiterschaft über die Frage der Arbeiterkontrolle durch die Kartelle. In einem Artikel „Kapitalistische Planwirtschaft“ in der gleichen Nummer finden wir eine Verherrlichung des Kartellwesens, ebenfalls getragen von dem Gedanken der Kontrolle der Kartelle durch die Arbeiterschaft. Als Beispiel für die künftige Arbeit und für die theoretische Untersuchung wird das Werk von S. und B. Webb „Die Verfassung des sozialistischen Gemeinwesens“ empfohlen. Die Quelle der Weißheit für die Gewerkschaftstheoretiker Deutschlands ist also der für die englische Arbeiterbewegung schon lange abgetane Fabianismus. Es heißt in dem Artikel:

„Den Gewerkschaften fällt hinsichtlich der Strukturwandlung des Kapitalismus die neue Aufgabe zu, das Interesse der breiten Arbeiterschichten für die wirtschaftsorganisatorischen Fragen wachzurufen und die Arbeiter zur praktischen Wirtschaftsführung zu erziehen. In dem Augenblick, wo die ökonomischen Verhältnisse die Organisation der Wirtschaft aufdrängen, ist es von entscheidender Bedeutung, daß dieser Hebel nicht nur von privatwirtschaftlicher, sondern auch von gemeinwirtschaftlicher Seite in Gang gesetzt wird.“

Wie dieses „Wachrufen“ des Interesses für wirtschaftsorganisatorische Fragen verstanden wird, zeigt am besten Karl Zwing in der Rundschau der Juli-Nummer des „Gewerkschafts-Archivs“, wo er den Gewerkschaften vorwirft, daß sie sich zu wenig um den Geldmarkt kümmern. Dementsprechend sind auch dem Börsenkrach in Deutschland (13. Mai 1927) zwei Artikel in Heft 6 des „Gewerkschafts-Archivs“ gewidmet. Braunthal kommt zu dem Schluß, daß „der Verlauf der Ereignisse im April ein Exempel für die Möglichkeit erfolgreicher planwirtschaftlicher Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft bietet.“

Die Konjunktur behandelt im Heft 6 des „Gewerkschafts-Archivs“ Braunthal in ziemlich optimistischem Sinne. Er ist der Auffassung, daß die Konjunkturentwicklung in Deutschland nachhaltig und nicht nur vorübergehend ist.

Etwas unzeitgemäß mutet der Artikel von Zimmer über Wirtschaftsdemokratie und Sozialpolitik an, wo er die nachgerade unmodern gewordene Auffassung über die „erstarkten Sympathien aus bürgerlich-politischen Kreisen für die arbeits- und sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterklasse“ von neuem zum Mittelpunkt seiner Ausführungen macht. Das war im September und Oktober 1926 allgemein Mode unter den Reformisten Deutschlands, aber im Mai 1927 lachen bereits die Hühner über derartige liebevolle Einschätzungen von bürgerlichen Sozialpolitikern.

Die Behandlung des englischen Streiks und des neuen englischen Gewerkschaftsgesetzes nimmt einen größeren Raum ein: Nachdem die Reformisten sich lange genug über diesen größten Massenkampf der europäischen Arbeiterbewegung ausgewogen haben, melden sie sich jetzt, um den Verrat der englischen Reformisten glänzend zu rechtfertigen. Dies tut im Maiheft der „Arbeit“ ein sicherer Löffler, der die Samuel-Kommission in Schutz nimmt und die Schale seines Zornes nicht nur über Cook, sondern auch Herbert Smith ergießt. Seiner Weisheit letzter Schluß ist:

„Es hat keinen Zweck, Tatsachen zu verschweigen. Gewiß haben die Gewerkschaften aller Länder die Pflicht, gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und für den sozialen Aufstieg zu kämpfen. Manchmal ist es aber auch klug gehandelt, dem Kampfe auszuweichen. Besonders ist es notwendig, bevor man sich in offener Feldschlacht stellt, das Gelände studiert zu haben.“

Was aber das Ergebnis dieses famosen „Ausweichens“ ist, könnte der Verfasser dieses Artikels aus den Artikeln von Milne-Bailey („Arbeit“ Nr. 6), Croner („Gewerkschafts-Archiv“ Nr. 6) und Weingartz („Gewerkschafts-Archiv“ Nr. 7) ersehen. Alle diese Artikel geben eine ausführliche Darstellung des Gesetzes und seiner möglichen Folgen, ohne aber auch nur mit einem einzigen Wort darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz die unmittelbare Folge der Niederlage, das heißt des Verrates der englischen Gewerkschaftsbürokratie ist. Ebenso haben die Herren vergessen, darüber zu schreiben, wie es eigentlich möglich ist, daß ein solches Gesetz gerade in einem klassischen Lande der Demokratie angenommen wird.

Schärfere Töne finden die Berichterstatter beider Zeitschriften bei der Behandlung des Zwillingsbruders des Baldwinschen Schandgesetzes, der „Magna Charta der Arbeit“ aus Mussolinis Fabrik. Im Maiheft beider Zeitschriften finden wir Artikel über dieses Gesetz.

Im „Gewerkschafts-Archiv“ sieht sich der Herausgeber außerdem noch veranlaßt, dem Artikel noch einen Schwanz über die faschistische Gefahr in Deutschland anzuhängen. Das Zugeständnis, das er macht, ist immerhin wertvoll angesichts der Tatsache, daß die deutschen Gewerkschaften im allgemeinen das Vorhandensein des Faschismus überhaupt leugnen. Er schreibt:

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung muß dem Faschismus große Aufmerksamkeit widmen, denn Deutschland und die deutsche Gewerkschaftsbewegung liegen mitten in der faschistischen Gefahrenzone.“

Besonderes Interesse findet der Artikel von *Italicus* in Heft 3 der „Arbeit“, wo ziemlich offenherzig die Stellungnahme der italienischen Gewerkschaftsführer zum Faschismus dargelegt wird. Zum erstenmal finden wir in einem Dokument der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale das offene unverhüllte Zugeständnis dessen, daß die italienischen Gewerkschaftsführer wirklich mit dem Faschismus zusammengegangen sind. Der Verfasser, der ohne Zweifel in enger Verbindung mit der Pariser Gruppe der italienischen Reformisten steht, schreibt über die bekannte Erklärung D'Aragonas, in der er sein Eintreten für die faschistischen Organisationen zu leugnen sucht:

„Wenn D'Aragona behauptet, er habe nie eine Beitrittserklärung zum Faschismus unterzeichnet, so hat er recht. Als ihm aber seine ehemaligen Kollegen in Paris zur Rede stellten, handelte es sich nicht um eine direkte Beitrittserklärung zum Faschismus, sondern um die oben angeführte programmatische Erklärung, die auch seine Unterschrift trug. D'Aragona aber kann nicht leugnen, daß seine Unterschrift echt war.“

Der Artikel weist weiter in der Polemik auf eine Erklärung der Reformisten zur Rechtfertigung dieses Schrittes hin, daß die ganze Erklärung nur den Sinn hatte, ein Handelsobjekt zu sein:

„Zwischen der Regierung und den CGdL-Männern dauern nämlich die Verhandlungen noch an. Ein feuriger Gewerkschafter soll gleich am Anfang als Gegenleistung von der Regierung Amnestie für alle Deportierten und in der Verbannung lebenden Sozialisten, ebenso wie die Wiederherstellung der Pressefreiheit verlangt haben. Soweit geht die Naivität mancher Gewerkschaftsführer.“

Wir kennen diese Geistesverfassung der Amsterdamer Gewerkschaftsführer schon lange, hüten uns aber, sie als Naivität zu bezeichnen. Wir haben viel treffendere Ausdrücke dafür.

Erwähnenswert sind zwei Artikel über China, von denen der eine im „Gewerkschafts-Archiv“ vom journalistischen Leiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Fritz K u m m e r, stammt, während der andere von Weckerle mehr kritisch gehalten ist und die Passivität der Amsterdamer Bürokraten gegenüber der chinesischen Bewegung, wenn auch feige und schwach wie immer, kennzeichnet. Die Herren bequemen sich also schon, von der Existenz der revolutionären Bewegung in China Kenntnis zu nehmen.

Allerdings sind die kritischen Bemerkungen von Weckerle nicht ernst zu nehmen, da sie, ebenso wie sein Artikel im Juli-Heft des „Gewerkschafts-Archivs“ einen Teil der artilleristischen Vorbereitungen zum kommenden Kongreß der Amsterdamer bedeuten. Der Zweck der Übung ist, die Verlegung des Sitzes der Amsterdamer Internationale aus Holland durchzusetzen und, wenn möglich, die Führung der Amsterdamer den deutschen Gewerkschaften in die Hände zu spielen, wobei allerdings versucht werden würde, eine andere Persönlichkeit als den reichlich kompromittierten S a s s e n b a c h an die Stelle eines internationalen Sekretärs zu setzen.

Daß zu diesem Zweck so ein europäischer Skandal, wie das völlige Versagen der Amsterdamer Internationale in China, ausgenützt wird, ist selbstverständlich.

Ueber Rußland hören wir auch einige interessante Dinge. Herr O l b e r g, dessen „Spezialität“, 2 und 3 Jahre alte Dokumente zu entdecken, wir schon in unserer letzten Uebersicht gekennzeichnet haben, hat sich diesmal („Arbeit“ Nr. 6) die Ländarbeiterfrage vorgenommen. Treu seinem Prinzip, stützt er sich diesmal mit Ausnahme eines einzigen unwesentlichen Zitats, das er aus der diesjährigen „Prawda“ entnimmt, auf Material aus den Jahren 1924 und 1925.

In Heft 7 des „Gewerkschafts-Archivs“ versucht sich hingegen eine neue Größe, die den alten Kohl von der Ausschließlichkeit der Bedingungen für die Revolution in Rußland

wieder aufwärmt. Immerhin billigt er der russischen Revolution Heroismus und Größe zu. Nett von ihm.

Die Diskussion über die Gewerkschaftspresse ist bereits im Flachland der offiziellen Stellungnahme der Bürokraten gelandet. Die Redakteure vom Bau beeilen sich, sei es höflicher- oder weniger höflicherweise, zu erklären, daß sie jede Einmischung ablehnen und daß die Gewerkschaftspresse so bleibt, wie sie ist. Das war schließlich vorauszusehen. Die Herren Redakteure wollen zwar keine bürgerlichen Journalisten, aber vor allem schon gar keine Arbeiterkorrespondenten in den Redaktionen haben.

Zum Schluß sei noch auf einige „theoretische Blüten“ hingewiesen. Die Eselswiese im „Gewerkschafts-Archiv“ scheint im allgemeinen groß zu sein. Es ist aber erfreulich, auf ihr so anerkannte Autoritäten wie Werner Sombart zu begegnen, aus dessen neuestem Werk, d. h. genauer gesagt, aus dessen neuester Umarbeitung seines „modernen Kapitalismus“ das Schlußkapitel zitiert ist. In diesem Schlußkapitel finden wir die Theorie Hilferdings wieder, die er zuletzt am ausführlichsten auf dem Kieler Parteitag vertreten hat. Der Streit um die Vaterschaft wird wohl nicht allzu heftig sein. Sombart schreibt:

„Wir werden uns allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der Unterschied zwischen einem stabilisierten und reglementierten Kapitalismus und einem technifizierten und rationalisierten Sozialismus kein sehr großer ist und daß es somit für das Schicksal der Menschen und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob sich die Wirtschaft kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird.“

Es hätte nicht des Nachdrucks dieser Sombartschen Weisheit bedurft, um zu zeigen, daß die deutschen Reformisten bei diesem alten Klopffechter des bourgeoisen Antimarxismus in die Schule gegangen sind.

Zwei weitere „tiefgründige“ Artikel sind: eine Analyse des Syndikalismus, dessen Verfasser Cornelissen vom Standpunkt der Völkerbundspsychologie an die Frage des Syndikalismus heranzutreten scheint. Wie tief der gelehrte Verfasser in den Syndikalismus eingedrungen ist, beweist, daß er als sein Ziel die industrielle Demokratie bezeichnet, eine Folge der Verwechslung der Syndikalisten von 1900 mit den sogenannten Syndikalisten von 1925.

Die marxistische Werttheorie bekommt auch ihr Teil in einem Artikel ab, in dem der Versuch gemacht wird, die Arbeitswerttheorie durch die „Grenznutzentheorie“ zu ersetzen. Immer wieder zeigen sich die Verheerungen der Wiener Schule, die soviel Verführerisches für Reformisten und Vulgärmarxisten an sich hat. Der Verfasser des Artikels glaubt, daß wir uns jetzt in einer Periode der Kompromisse und Koalitionen befinden, die das Ergebnis eines Gleichgewichtszustandes der Klassenideologie ist.

E. P.:

BULLETIN D'INFORMATION*

Da wir der Agitations- und Propagandatätigkeit der kommunistischen Parteien große Bedeutung zulegen, wollen wir die Aufmerksamkeit der Genossen auf das von der französischen KP herausgegebene „Bulletin d'Information“ lenken, speziell auf das Heft Nr. 15 vom April 1927. In diesem Heft werden folgende Themen behandelt: Ueber die Offensive des französischen Kapitals; Die internationale Lage, die Kriegsgefahr und der Kampf der Kommunisten für den Frieden; Die Militärgesetz-Vorlage der französischen Bourgeoisie — eine Zusammenfassung der beiden ersten Themen; weiter bringt das Heft einen Artikel, der Hinweise für die Referenten über die Verwertung des oben genannten Materials enthält und schließlich zwei Anlagen über die Stellung der französischen Sozialdemokraten zur Einheitsfront der Arbeiterschaft und zum Kriegsgesetz Painlevé-Boncour. Die Themen sind also zeitgemäß, sehr wesentlich und eng miteinander verbunden; infolgedessen stellt das gesamte Bulletin ein einheitliches Ganzes dar. Bei der Analyse dieser

* „Informationsblatt“ vom 15. April (herausgegeben von der Agitprop-Abteilung der KP Frankreichs).

Themen muß man feststellen, daß sie sowohl theoretisch als auch methodisch gut gearbeitet sind. Jedes Thema wird unter Anführung der besonders bezeichneten konkreten Tatsachen — in grundlegende Unterthemen zerlegt und ist erschöpfend begründet.

So ist in dem ersten Artikel von der Politik des Linkskartells die Rede, wobei die besonders wesentlichen Beispiele der für die Arbeiterklasse schädlichen Tätigkeit dieses Blocks angeführt sind. Weiter wird die Offensive der Kapitalisten gegen die Arbeiter durch Herabsetzung der Tarifsätze und durch die Rationalisierung der Produktion behandelt. Dabei wird auch auf die Rolle der Kommunisten hingewiesen, auf ihre Kampfmethoden und Losungen, und ihre Tätigkeit wird deutlich der Rolle aller übrigen politischen Parteien und Gruppierungen — die Sozialdemokraten als unzweifelhafte Helfershelfer der Bourgeoisie mit einbegriffen, gegenübergestellt.

Das zweite Thema: „Die internationale Lage und der Krieg“, das wieder in sechs Unterthemen eingeteilt ist, enthält nicht nur Hinweise darauf, daß nach wie vor militärische Zusammenstöße zu verzeichnen sind und Vorbereitungen zu einem gewaltigen Weltkrieg getroffen werden, sondern weist auch nach, daß der wahre Grund einer solchen Lage der Dinge und zukünftigen Verwicklungen der Imperialismus ist, wobei hier auch eine Reihe sehr charakteristischer Gegensätze zwischen den verschiedenen Staaten angeführt wird, die infolge ihrer kapitalistischen Struktur die Welt unvermeidlich in neue Kriege stoßen. Auf anschaulichste werden auch alle die Methoden gekennzeichnet, mit denen sowohl die Kapitalisten als auch die Sozialdemokraten die Arbeiterklasse und alle Werktätigen betrügen, indem sie von Abrüstung reden und den Völkerbund als ein Instrument des Friedens hinstellen.

Die wahre Bedeutung des von den Linksparteien und den Sozialisten verteidigten und unterstützten Völkerbundes wird durch eine Reihe konkreter und sehr charakteristischer Tatsachen aufgezeigt. Der Völkerbund als ein Instrument für die Vorbereitung von neuen Kriegen, als eine Stätte der Intrigen der großen Räuberstaaten gegen die USSR — all dies wird in diesem Thema sehr sorgfältig dargestellt.

Nach dieser Analyse wird die Rolle der „Linken“ und der Sozialdemokraten, die die wahre Lage der Dinge zu verschleiern und die Widersprüche des Imperialismus mit Hilfe der Theorie des Pazifismus zu vertuschen suchen, als die Rolle der unzweifelhaften Verräter an den Interessen des Proletariats, die das Proletariat „chloroformieren“, entlarvt.

Abschließend befaßt sich dieses Thema mit der Bedeutung der chinesischen Revolution und der Existenz der USSR und der daraus folgenden Notwendigkeit der Unterstützung der chinesischen Revolution und der Verteidigung der USSR. Schließlich wird völlig richtig gefolgert, daß die Weltrevolution der einzige Weg ist, um mit größter Oekonomie an Menschenleben die Gesellschaftsordnung aufzubauen, die keine Kriege mehr kennen wird.

In den fünf ersten Abschnitten des dritten Themas wird ausführlich das neue französische Militärgesetz analysiert, die ausschließliche Rolle, die der Sozialdemokrat Boncour gespielt hat im Interesse der Bourgeoisie bei der Umwandlung des ganzen Landes in eine bewaffnete Nation, die ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht mittels der systematischen Vorbereitung der Bevölkerung von der Schulbank bis zur Kaserne durchgeführt wird.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Arbeiter sogar außerhalb der Dienstjahre nicht nur nicht von den militärischen Pflichten befreit ist, sondern auch jederzeit, während eines Streiks oder einer Expedition in die Kolonien usw. eingezogen werden kann.

Wie sich diese Militarisierung auf das Budget des Landes auswirkt, ist aus den angeführten Zahlen über den erhöhten Offiziersbestand, den Bestand der Unteroffiziere und anderer Militärchargen sowie über die Gesamtkosten der Militärreform deutlich ersichtlich.

Danach ist die bereits angeführte Schlußfolgerung, daß die Reform sich gegen die Arbeiterklasse richtet, völlig berechtigt.

Der nächste Abschnitt zeichnet sehr anschaulich und sehr kraß die verräterische Rolle der Sozialdemokraten bei der Beratung dieses Gesetzes. Alle ihre Ausflüchte, alle ihre Phrasen über „demokratische Gleichheit“ usw. — all dies ist hier mit großer Deutlichkeit entlarvt worden. Nach der oben angeführten ätzenden und schonungslosen Kritik ist in den letzten drei Abschnitten die Rede von den Kampfmethoden sowohl gegen diese Militarisierung, als auch für den Fall, daß ein Krieg ausbricht. Hier werden auch konkrete Maßnahmen skizziert und die Teilforderungen mit den allgemeinen Endaufgaben des Proletariats verbunden.

Auf das vierte Thema, das das zweite und dritte inhaltlich zusammenfaßt, wollen wir nicht näher eingehen, da es nur eine gekürzte Wiedergabe der von uns bereits besprochenen Themen ist. Dieses Material ist für den Fall bestimmt, daß keine besonderen Referenten für die oben angeführten Themen vorhanden sind.

Von Wert ist auch die kleine methodische Anmerkung darüber, wie die Referenten die oben angeführten Themen auswerten sollen. In ihr wird hervorgehoben, daß man der Entlarvung der Reformisten und der Sozialdemokraten und der Kritik an der Zweiten Internationale besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß, gleichwie der Darlegung der wichtigsten Aufgaben, die vor der Kommunistischen Partei, als der einzigen revolutionären proletarischen Partei, stehen.

Zwei Anlagen, die sich mit den Sozialdemokraten und speziell mit „Verbesserungsanträgen“ Renaudels beschäftigen, ergänzen das oben angeführte Material.

Schließlich sind auf der letzten Seite des Bulletins sehr wertvolle Hinweise darauf enthalten, wie man Betriebszeitungen organisieren soll. Das ist kurz der interessante und nützliche Inhalt der Nummer.

Worauf wir die Aufmerksamkeit der französischen Genossen noch lenken müssen, ist, daß sie es für möglich halten, daß im Verlauf einer einzigen Versammlung von 2 oder 3 Genossen über diese ersten Themen nacheinander Referate gehalten werden. Der Wunsch, der Versammlung möglichst viel Material zur Verfügung zu stellen, muß zu unerwünschten Resultaten führen, da bei einer solchen Häufung die sehr ernstesten Themen von den Versammlungsteilnehmern nicht richtig verstanden und behalten werden können. Bei dieser Methode, wo zuviele Referate auf einmal gehalten werden, verwandelt sich das Auditorium in bloße Zuhörer, es fällt ihm schwer, das Gebotene aufzunehmen und außerdem wird ihm die Möglichkeit genommen, dem Referenten mündlich oder schriftlich Fragen vorzulegen.

Also: ein theoretisch und methodisch gut ausgearbeitetes Bulletin muß auch gut und methodisch verwertet werden. „Lieber weniger aber besser“ lehrt uns Genosse Lenin.

Hiermit schließen wir unsere Besprechung und lenken die Aufmerksamkeit der Genossen der anderen Parteien auf die Nützlichkeit derartigen Referentenmaterials, mit dem wir zweifelsohne die Arbeit unserer Funktionäre erleichtern, die ideologische Erziehung der Partei durchführen und unsern Einfluß in den breiten Arbeitermassen stärken.

BERICHTIGUNG

An den Artikeln „Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus—Leninismus“ von K. S. in Heft Nr. 25/26 sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Seite 1211, Zeile 15 v. u. statt „europäischen“ richtig „mitteleuropäischen“. Seite 1212, Zeile 23 v. o. statt „militärischen“ — „militärpolitischen“. Seite 1213, Zeile 10 v. o. statt „aber“ richtig „also“. Seite 1214, Zeile 3 v. o. statt „Grundfrage“ richtig „Gesamtfrage“, Zeile 8 v. o. statt „Grundfragen“ „Grundfrage“, Zeile 20 v. o. statt „aber“ „also“. Seite 1272, Zeile 13 v. o. statt „der Menschenrechte“ richtig „des Naturrechts“. Seite 1280, Zeile 12 und 13 v. o. sind zu sperren. Zeile 23 v. o. statt 1907 ist 1910 zu setzen. Seite 1281, Zeile 14 v. o. sind einige Worte ausgelassen. Der Satz muß lauten: „für welche Klassen die Frage der Bewaffnung zu stellen ist“. Zeile 16 v. u. statt „der Massen“ richtig „des Marxismus“.